



für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Durch die Haupt-Expedition Plaustraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Vollswacht“. Neue Gravenstraße Nr. 5 und Neue Salzstraße 11, durch die Zweigstelle „Jägergeschäft“ Belkowitz, Plaustraße 140, sowie durch alle Ausdrucker zu bezahlen. — Bezugspreis im voranen zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

**Organ für die werktätige Bevölkerung**

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Dresden 2  
Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5542  
Postleitz.-Konto: Postbüro-Amt Dresden Nr. 5852.

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schriften 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Anzeigen unter 20 Pf. Kleinanzeigen, Stellenanzeigen, Verkäufungen und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag später) in der Hauptabgabezeit (Plausche 4/6 oder in dem zweitfolgenden abgegeben werden).

**Wirtschaftlicher Optimismus?**

Zu den optimistischen Ausführungen des Reichsarbeitsministers über den Rückgang der Erwerbslosigkeit schreibt uns ein nationalökonomischer Mitarbeiter:

Die Krise in Deutschland Ende 1923, Anfang 1924 wurde von weiten Kreisen für eine reine Deflationstrüse angesehen. Die Stabilisierung des Geldes hätte die kleinen, schwachen Betriebe hinweggefegt, und nachdem wieder Markt gleich Markt sei, könne nichts mehr den wirtschaftlichen Aufschwung hemmen.

Der Zustand der englischen Volkswirtschaft hätte diesen Optimismus schon etwas dämpfen müssen. Denn obwohl das englische Pfund nur um wenige Punkte entwertet war, obwohl England keine Reparationen zu leisten hatte, also die „außerökonomischen“ Faktoren nur in sehr geringem Umfange wirkten, ist das England der Nachkriegszeit aus seiner chronischen Depression noch nicht herausgekommen, und es gilt bereits als Erfolg, wenn die Zahl der Arbeitslosen eine Million nicht übersteigt. Augenblicklich beträgt sie — die Kohlenarbeiter werden dabei nicht gerechnet — mehr als anderthalb Millionen.

Aber trotz dieser ständigen Depression der englischen Volkswirtschaft schien das Jahr 1925 den Optimisten in gewissem Umfange recht zu geben. Die Krise nahm in ganz Europa an Wucht ab, der Außenhandel ganz Europas stieg in beträchtlichem Umfange. War das erste Jahrhundert nach Beendigung des Krieges weltwirtschaftlich dadurch gekennzeichnet, daß innerhalb des gesamten Weltmarktes der Anteil der außereuropäischen Staaten, vor allem Amerikas und Asiens, stieß, der Europas zurückging, daß in der Produktion der wichtigsten Rohstoffe wiederum der Anteil Europas geringer wurde, der Amerikas stieg, so schien das Jahr 1925 darin einen Umschwung zu bringen. Und es schien, als ob der europäische Handel einen Teil des verlorenen Terrains wieder gewann. Das Jahr 1926 hat alle diese Hoffnungen für absehbare Zeit zerstört. Der gesamte europäische Außenhandel hat die Steigerung um 10 bis 12 Prozent, die das Jahr 1925 brachte, wieder eingebüßt, und er wird vielleicht, wenn die Gesamtbilanz des Jahres 1926 vorliegen wird, noch unter dem Niveau des Jahres 1924 stehen, da die zweite Hälfte des Jahres 1926 nach den bisherigen Ergebnissen noch ungünstiger dasteht, als die erste. Acht Jahre nach Beendigung des Weltkrieges also hat der gesamte europäische Außenhandel das Vorkriegsniveau noch in feiner Weise erreicht, und dies, obwohl vielfach früherer Binnenhandel — zum Beispiel zwischen Österreich-Ungarn und der Tschecho-Slowakei — heute statistisch als Außenhandel erscheint.

Dies bedeutet, daß man bei Betrachtung der europäischen wie der heutigen deutschen Krise nicht einfach die Vorkriegsverhältnisse zum Vergleich heranziehen darf, nicht annehmen darf, daß die Überwindung der Krise sich ebenso einfach vollziehen wird, wie in der Vorkriegszeit. Die Krise, die heute Deutschland, die Krise, die heute Europa erschüttert, ist von anderer Art. Die Zerreibung der Mittelschichten, die sich in ganz Mitteleuropa als Konsequenz der Inflation ergeben hat, die ungeheure ökonomische Machtfülle der Vereinigten Staaten, die auf der ganzen Erde als überlegene Konkurrenten auftreten, die industrielle Neubildung in allen außereuropäischen Gebieten — nicht nur in Japan, sondern ebenso in Indien und in den Küstenplätzen Chinas, nicht nur in Südafrika, sondern ebenso in den Küstenplätzen Nordafrikas, nicht nur in Kanada, sondern ebenso in gesamt Südamerika — alle diese Tatbestände haben zur Folge, daß Europa in absehbarer Zeit aus der Wirtschaftskrise nur für kurze Zeiträume herauskommen kann, haben für Deutschland zur Folge, daß die Arbeitslosen ziffern kaum unter eine Million herabgehen werden.

Nur die einschneidendsten Maßnahmen der Regierung könnten eine gewisse Linderung schaffen, Maßnahmen, die nur dann praktisch möglich erscheinen, wenn innerhalb einer Koalition die Sozialdemokratie bestimmen würde. Da dies angesichts der politischen Machtverhältnisse zur Zeit ausgeschlossen ist, scheint uns die heutige wirtschaftliche Situation in keiner Weise zum Optimismus zu berechtigen.

Die Reichswahlreform. Unmittelbar nach Zusammentritt des Reichstages wird die Reichsregierung mit den Führern der großen Parteien die Wahlreformvorlage besprechen. Ganz nach diesen Besprechungen soll, wie uns gemeldet wird, der Entwurf seine endgültige Fassung erhalten.

**Rein Geld für die Erwerbslosen.****Drei Reichsminister lehnen ausreichende Arbeitslosenhilfe ab.****Schärfste Opposition der Sozialdemokratie.****Gen. Dr. Herk weist nach, wie größere Mittel zu beschaffen sind.**

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages trat gestern wieder zusammen, um in die Beratungen über die Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge einzutreten. Die Reichsregierung war durch den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Reichsfinanzminister Dr. Reinholt und den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius vertreten.

**Reichsarbeitsminister Dr. Brauns**

erteilte einleitend, daß sich das Reichskabinett mit dem gesamten Fragmentkomplex eingehend beschäftigt und alle sozial- und wirtschaftspolitischen Möglichkeiten geprüft hat, um der Erwerbslosigkeit zu begegnen. Nach den genannten Erhebungen könne man mit einer allmählichen Besserung des Arbeitsmarktes rechnen, wenn nicht durch die Witterung aller starke Störungen eintreten. Die Regierung war bemüht, in den letzten Monaten durch zusätzliche Arbeitsbeschaffung auch für die Unterbringung der ausgesteuerten Erwerbslosen zu sorgen. Darüber hinaus soll denjenigen ausgesteuerten Arbeitslosen, die keine Arbeit finden können, in Verbindung mit der Wohlfahrtspflege geholfen werden. (Widerspruch der Sozialdemokraten.) Die Regierung geht von dem Grundbegriff aus, daß, wer ein Jahr arbeitslos ist, unter allen Umständen wieder in Arbeit gebracht werden müsse. Den finanziell schwachen Gemeinden will die Reichsregierung bei der Finanzierung der gemeindlichen Armentfürsorge weiter entgegenkommen, als es bereits in dem letzten Erlass geschehen ist, wonach eine Abzerrichtung an die Gemeinden bis zu 50 Prozent zugesagt ist. Angesichts der Tatsache, daß bei der heutigen Unterstützung die Löhne zum Teil schon übertritten werden, lehnt die Reichsregierung eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungsstücke ab. Sie will lediglich prüfen, inwieweit den allseits leidenden Arbeitslosen und den alleinstehenden unter 21 Jahren bessere Unterstützungsbedingungen geschaffen werden sollen, vorausgesetzt, daß die Länder einverstanden sind. (Lebhafte Proteste der Sozialdemokraten.) Eine Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung könnte die Reichsregierung so lange nicht zustimmen, als noch öffentliche Mittel für die Unterbringung benötigt werden. Der Arbeitsminister sei aber bereit, Erleichterungen bei der Durchführung der Bedürftigkeitsprüfung zu geben. Als besonders schwierig empfindet die Reichsregierung die Lösung des Problems der älteren Arbeiter und Angestellten. Die notwendigen Maßnahmen seien noch nicht sprudelnd. Voraussichtlich werden sie sich in der Richtung bewegen, daß bei Betriebs einschränkungen Räten für die älteren Arbeitnehmer vermieden werden. Im übrigen müsse immer wieder darauf hingewirkt werden, den Arbeitslosen durch Arbeitsbeschaffung zu helfen.

**Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius.**

Der verstärkte Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie könne nicht nur durch den englischen Streik erklärt werden, man müsse, wenn auch nur relativ von einer Besserung sprechen, relativ deshalb, weil die deutsche Wirtschaft im Vergleich zur amerikanischen immer noch ungünstig beschäftigt ist. Das Reichswirtschaftsministerium hat seine Tätigkeit auf folgende drei Fragen konzentriert: 1. Wie kann die Kaufkraft des verarmten Mittelstandes ausgeglichen werden? 2. Was hat gegenüber der Krise in der Landwirtschaft zu geschehen? 3. Was gegenüber der wachsenden Industrie? Der Minister äußerte sich alsdann zu den Maßnahmen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das Reichswirtschaftsministerium hat erkannt, daß

durch die heutige Arbeitslosigkeit und weit verbreitete Kurzarbeit rund 8 Millionen der deutschen Bevölkerung ohne wesentliche Kaufkraft

sind. Bei einer Neuhebung der Wirtschaft käme es darauf an, zunächst die entzündende Kaufkraft wieder herzustellen. Die bisher vom Reichswirtschaftsministerium beschrittenen Wege wären nicht ohne Erfolg. Aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge wären zunächst 5 Millionen für die Exportkreditversicherung bereit gestellt worden. Sie kamen trocken der Widerstände aus den Exportkreisen in Hamburg und Bremen allmählich verwirklicht werden. Der Erfolg ist, daß nicht weniger als 300 Auslandsgeschäfte gefördert werden konnten.

Es habe sich ferner bewährt, daß die Reichsregierung der Reichsbahn zur Schaffung von zusätzlichen Aufträgen Mittel bereitgestellt hat. Es wäre möglich, das Nutzen geschäft nach anfänglichen Widerständen im Juli dieses Jahres endlich in Gang zu bringen. Die gesammelten Erfahrungen lassen es angezeigt erscheinen, den Zusammenhang von Wirtschaftsförderung und Gewährung von Reichsgarantien ausnehmen weiter zu verfolgen. Die relativ eingetretene Befreiung der Wirtschaft führt die Regierung auch auf den verhältnismäßigen Abschluß von Handelsverträgen zurück. Die Septemberzahlen zeigen wieder einen Ausfuhrüberschuß, und es ist bemerkenswert, daß diesmal die Fertigindustrie eine Steigerung von 10,7 Millionen aufzuweisen hat. Es müsse gerade Wert darauf gelegt werden, diese Belebung der Fertigindustrie weiterzutreiben. Neben den Maßnahmen des Reiches sei aber vor allem auch die Umstellung der Industrie geeignet, bestrebend zu wirken. Die Rationalisierung der Betriebe hat zunächst eine organisatorische Umstellung gebracht, sodaß die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt noch nicht in vollem Maße eintreten könnten. Wenn nun der organisatorischen auch die technische Verbesserung der Betriebsorganisation der Betriebe folgen wird und daraus neue Maschinenanfertigungen usw. entstehen, dann wird sich die ganzen Auswirkungen des Rationalisierungsprozesses übersehen. Erwähnung

verdiene weiter die in der Entwicklung begriffene Ferngasversorgung, aus der gleichzeitig neue Aufträge zu erwarten sind. Im ganzen kommt der Reichswirtschaftsminister zu dem Ergebnis, daß eine Belebung des Geschäfts heute bereits festgestellt werden dürfte. die Hauptfolge aller eingetreteten Maßnahmen aber erst in nächster Zukunft sichtbar werden könnten. Aus diesen Erwägungen hoffe er, daß auch die Arbeitslosigkeit in nächster Zeit weiter zurückgehen werde.

**Reichsfinanzminister Dr. Reinholt**

gab die Überzeugung Ausdruck, daß in bezug auf das deutsches Wirtschaftsleben Pessimismus nicht am Platze sei. Er begründete das damit, daß die Befürchtungen einer Finanzkrise nicht einzutreten seien. Das Reich habe im ersten Halbjahr eine Nettoreinholzung von 130 Millionen gehabt; er stehe aber auf dem Standpunkt, daß, wenn selbstverständlich auch Defizite vermieden werden müßten, es volkswirtschaftlich nicht richtig sei, Überzölle zu erzielen. Im Jahre 1926 seien bisher für Mittel, die direkt der Belebung der Wirtschaft dienen, 108 Millionen eingesetzt; es seien ferner vorgesehen,

für Arbeitsbeschaffung im außerordentlichen Etat: für Bahnbauten als erste Rente 11,2 Millionen für Investitionen der Reichsbahn für zulässige Auftragsvergebungen 100 für den Bau von Landarbeiterwohnungen 80 für Kredite zum Kleinwohnungsbau 200 für Ostiedellungen 50 für zulässige produktive Erwerbsförderung 100 für Wasserstraßenbauten 32 Damit sollen in erster Linie die ausgesteuerten Erwerbslosen Beschäftigung erhalten. Er glaubte, daß diese erhebliche Zurverfügungstellung von Mitteln für die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit die Hoffnung einer Besserung unserer Arbeitslage berechtigte.

Als erster Diskussionsredner nahm der

**Genosse Hoch**

das Wort. Er bedauerte, daß für die Arbeiten des Ausschusses im bezug auf die unterstützende Erwerbslosenfürsorge die vor vier Monaten versprochenen positiven Angaben nicht gemacht worden seien, nämlich 1. wieviel Mittel verbraucht werden können für die Besserung der Lage der untersuchten Erwerbslosen und 2. wie im einzelnen diese Besserstellung aussehen sollte.

Nach einer der üblichen Kommunistenreden ging

**Genosse Herk**

ausführlich auf die Erklärung des Reichsfinanzministers ein, die er angeblich der fahrlässigen Erwerbslosen nicht als vollkommen negativ ansieht. Die Regierung scheint völlig zu übersehen, welche Auswirkungen ein zweiter Winter der Massenarbeitslosigkeit mit sich bringen müsse. Es sei auch kurzfristig, wenn das Reich es ablehne, die erforderlichen Kosten für die Erwerbslosenfürsorge auf sich zu nehmen, ohne dabei zu bedenken, daß es so damit die Kosten an sich nicht aus der Welt schafft, vielmehr lediglich auf andere öffentliche Körperschaften, besonders die Länder und Gemeinden, abwälzt. Die zunehmende Empörung der Gemeinden gegen diese Reichsinvestitionspläne sei durchaus verständlich. Die Reichsregierung überläßt die Auswirkungen des ganzen Massenstands den anderen öffentlichen Körperschaften, plane aber gleichzeitig auch eine neue Reform des Finanzausgleichs, die wiederum eine Entlastung des Reichs bringen sollte. So spielt z. B. der Reichsfinanzminister mit dem Gedanken, die Garantie des Reiches bei der Umlaufsteuer alsmaßlich wieder von Reichs wegen los zu werden. Der grundsätzlich richtige Gedanke, daß die Reichsinterventionen den Vorrang beanspruchen sollen, sei nur dann zu verwirklichen, wenn nicht den Gemeinden neue Kosten aufgeburdet werden. Den Gemeinden aber heute die große und immer wachsende Last für die Unterstüzung der Ausgesteuerten zuzumuten, mache den Finanzausgleich unmöglich.

Das Steuermilderungsprogramm vom Frühjahr 1926 habe in seiner Durchführung fernabweg die Erwartungen erfüllt, die damals hinsichtlich einer Erleichterung und Belebung der Wirtschaft gehofft wurden. Die Sozialdemokratie hatte sich damals mit diesem Programm auch nur unter der Bedingung abgeführt, daß sich der Finanzminister ausdrücklich verpflichtet habe, auch nach Durchführung der Steuermilderung allen sozialen Erfordernissen gerecht werden zu wollen. Wenn heute das Ergebnis der Reichsfinanzen nicht ungünstig ist, so doch nur deshalb, weil die Zölle, die Einkommen- und die Körperschaftsteuer mehr gebracht haben als diejenigen Einnahmen, die nicht in Zusammenhang mit der Konjunktur zu bringen sind. Die ausgelagerten Konjunkturzwecke, die Kohle, Öl und Belebung der Wirtschaft. Die Bruttogebühren aus den Eingängen der Lohnsteuer ergeben für April 1926 89, für Mai 90, für Juni 92, für Juli 94, für August 93 und für September 93 Millionen Reichsmark. Man kann also wieder für die letzten Monate einer Belebung der Wirtschaft hoffen, noch nie etwa für die nächsten Monate in Aussicht stellen. Von den Auswirkungen des englischen Kohlenstreiks auf den deutschen Bergbau und die von ihm abhängigen Industrien dürfte nicht etwa nur die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft eine Schlaflosigkeit gezaubern werden.

Die Regierung versucht ihr geringes Zugeständnis an die Erwerbslosen mit der Finanzlage des Reichs zu begründen, und

Der Reichsfinanzminister Reinhold habe wieder einmal in der bei solchen Dingen üblichen Schwarzmauer die berechtigten Vorwürfe des Arbeitgebers abgelehnt. Wenn es sich um eine der Reichsreferenzen zur Beleidigung handelt, seien aber im Interesse der Reichsreferenzen zur Beleidigung. Es sei die Frage aufzunehmen, ob die Reichsregierung die möglichen Einnahmen bestreitlich ist. Sind die Gewinne aus der Münzprägung nur in den Nachtragsetat eingestellt? Sei die Reichsregierung bereit, die noch zur Verhüllung stehenden Eisenbahnvorgänge zu unterstreichen? Wenn die Finanzlage des Reichs schwierig ist, wie sie der Reichsfinanzminister schreibt, dann sei es um so unverstümmlicher, daß er gelegentlich der Industrieplattform in Dresden Steuerentnahmen in Aussicht gestellt hat, insbesondere soweit es sich um die Aussteuer handelt. Es ist ein unerklärlicher Widerspruch, wann dieselbe Reichsfinanzminister hier im Sozialen Wohnungsbau in Schwarzmaut, um den Industriellen an einer Stelle weitere Steuermisschneidungen an versprechen. Es müsse geradewegs als Skandal bezeichnet werden, daß z. B. das Gesamtergebnis der Erbschaftsteuer in diesem Jahre ganze 12 Millionen betrage. Die Vermögenssteuer hatte 110 Millionen Mark gegenüber einem Vorababzug von 400 Millionen gebracht. Solange solche starken Steuerquellen von der Reichsregierung nur in ganz geringem Umfang in Anspruch genommen werden, habe die arbeitende Bevölkerung kein Verständnis dafür, daß dem Reiche die Mittel für eine ausreichende Unterstützung der Opfer der Weltwirtschaftskrise fehlen sollen!

Eine Nationalisierung, die nur hohe Gewinnquoten bezieht, bedeutet keine Befriedigung der Wirtschaft. Die Regierung dürfe aber weder an diesen, noch an den Steuerauflagen verzichten. Wenn die gegenwärtige Finanzlage des Reichs, wie es die Regierungsvertreter ausgesprochen haben, eine Erwerbsleistung nicht gestattet, dann ist es höchste Zeit, die Quellen der Erwerbssteuer, der Vermögenssteuer und der Vermögenszuwachssteuer zur Überwindung der Krise und der Arbeitslosigkeit endlich und ausreichend zu erschließen.

#### Zu einer Rechtsfertigung bemerkte

**Reichsfinanzminister Dr. Reinhold,**

die Notlage der Länder sollte bei dem Finanzausgleich berücksichtigt werden. Das zwingt aber die Regierung zur Annullierung von Reserven. Wenn ein Defizit vermieden werden sollte, müsse das Reich jetzt Mehrausgaben unterlassen. Eine Steigerung der Erwerbslosenunterstützung habe auch wieder eine Neuregelung der Beamtenbedräge zu folgen. Für die Unterstützung der Erwerbslosen seien in den letzten Monaten vom Reich folgende Aufwendungen gemacht worden: April 28,7 Millionen, Mai 28,8 Millionen, Juni 28,6 Millionen, Juli 28,6 Millionen, August 21,2 Millionen. Die Länder hätten jeweils genau dieselben Aufwendungen gehabt, die Gemeinden einen Neuntel davon. Der Reichsardienstminister erklärte, eine Neuregelung der Unterstützungsstücke könne erst dann in Frage kommen, wenn das System geändert und eine Staffelung nach Voraussicht eingesetzt wäre.

**Genosse Breymann**

lich keinen Zweifel darüber, daß die Sozialdemokratie nicht gemäßigt ist, eine Besserstellung der Erwerbslosen bis zur Einführung eines neuen Systems oder bis zur Schaffung der Arbeitslosenversicherung weiter verschlappen zu lassen. Er wies im einzelnen nach, daß eine Einschränkung der Lohnstaffel im gegenwärtigen Augenblick mit besonderen Härten verbunden sei, da die Löhne aus der Inflationszeit, die hier zugrunde gelegt werden, besonders schlecht waren. Breymann legte im einzelnen dar, daß es sehr wohl möglich ist, auch im Rahmen des jetzigen Systems die sofortige Erhöhung der Unterstützungen herbeizuführen. Ebenso dringlich aber sei die Verlängerung der Bezugsdauer für die Ausgesteuerten. Die Regierung brauchte, um ihre sozialen Verpflichtungen erfüllen zu können, nur die Einnahmemequellen zu benutzen, die unsere Fraktion bei der Steuerreform maßgeblich hat.

Die Kommunisten versuchten fortwährend, durch langatmige, rein agitatorische Reden den Vorsitzenden zu provozieren. Um diese Demonstration fortsetzen zu können, wandten sie sich auch dagegen, daß ein Unterausschuß eingesetzt wird, und sie verlangten unter großer Heiterkeit, daß die Sozialdemokratie auf Wunsch der Kommunisten ihren Antrag zurückziehen. Der völkische Abgeordnete Stöck sprang den Kommunisten bei und wandte sich gleichfalls gegen die Einführung eines Unterausschusses. In der folgenden Abstimmung wurde der Unterausschuß gegen die Stimmen der Kommunisten und der völkischen beschlossen. Berichterstatuer ist unser Genosse Breymann; die Sozialdemokratische Fraktion ist durch die Genossen Giebel und Luise Schröder vertreten.

#### Um die Rechtsanwalt-Gebühren.

In der Donnerstag-Sitzung des Reichsausschusses wurde der Gesetzentwurf über die Gebühren der Rechtsanwälte beraten. Die Regierungsvorlage bezweckt, diese Gebühren, insbesondere bei höheren Wertobjekten, erheblich herabzusetzen. Die bürgerlichen Mittelparteien schlugen eine geringere Herabsetzung vor, die von Gen. Landesberg als ungenügend bezeichnet wurde. Der Ausschuß beschloß mit den Stimmen unserer Genossen, der Kommunisten und Deutschnationalen, abzulehnen von einigen unwichtigen Änderungen, die Annahme der Regierungsvorlage.

## Jimmie Higgins.

(Roman von Upton Sinclair)

Autorisierte Übersetzung von Hermann zur Mühlen  
79)

Das kann ich leider nicht, ich hab' sie im Kinoheim gefunden.

Sie verstecken sich auf die dumme Bude?

Es ist die Wahrheit, Herr.

Sie wollen also Ihre Ritterkameraden mit Ihrem eigenen Leben decken?

Ich habe Ihnen alles gefragt, was ich weiß, Herr.

"Hui", entgegnete der Leutnant. Er entnahm der Tischplatte ein Paar Handschellen und legte sie Jimmie an. Dann griff er nach Schrot und Revolver — und Jimmie, der die militärischen Gebräuche nicht kannte, erschoß tödlich. Doch kehrte der Offizier nur die Waffen um, um seinen Tod, Jimmies Tod, und Waffe an und befahl Jimmie, ihm zu folgen. Da raste ein Automobil, der Offizier fuhr mit Jimmie und zwei Soldaten nach dem Militärgrenzhaus.

Dieses Gebäude hatte der Zar errichten lassen, um das Boll dieser Gegend in Ruhe zu erhalten, und nun diente es den Alliierten für den gleichen Zweck. Der angehende Steinbock zog später in die Kaserne auf, und Jimmie, der in Kessels verblieben hatte, Amerika sei noch weiter als England, sah ein, daß er jetzt habe — Amerika und England sind gleich.

Sie traten durch den steinernen Eingang, eine Eisenbahn öffnete sich und fiel hörend hinter ihnen ins Schloß. In einer Halle lag ein Feldwebel, der Jimmies Nationale in ein Siegeln eintrug, genau wie dies im Deutschen K. S. L. geschah. Der Feldwebel trug Schrot, doch unter dem Mantel war er der gleiche Polizeiagent wie dahinter; man hatte ihm seine alte Uniformung ausgeworfen — genau wie man früher Rügel einzuhängen und Gürturen Operntheater vornehmte lieb.

Feldwebel Berlin, sagte der Leutnant, dieser Fall ist Ihnen persönlich übergeben werden."

„Ja, Herr.“  
„Dieser Mann ist auf verdeckterer Propaganda gegen die Sicherheit der Armee betroffen worden. Wir müssen bestimmt, daß es Spieghellet ist, doch weißt du ja, daß es genau der Mann ist, den wir haben.“

## Die Stingl-Marke.



Da die neue Fridericusmarke des Reichspostministers Stingl von allen nicht ganz hohen Zollernfreuen Seiten selbst von der Presse seiner eigenen Bayrischen Volkspartei abgelehnt wurde, wird neuerdings dem Herrn Minister empfohlen, sein eigenes Bild an die Stelle des Alten Fritzen zu setzen, da er ja nunmehr auch zu den „berühmten Deutschen“ rechnet und vielleicht jetzt bald „der Vergangenheit“ angehört.

#### Der Fridericus-Postminister.

Wie das „Berliner Tageblatt“ wissen will, hat Reichspostminister Stingl einen an ihn ergangenen Antrag aus sofortiger Einberufung des Verwaltungsrates der Reichspost zur Stellungnahme zu den neuen Briefmarkenwürfeln abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß er allein für die Herausgabe der neuen Markenserien verantwortlich ist. Er steht auf dem Standpunkt, daß weder der Verwaltungsrat noch das Reichsministerium in dieser Frage zu hören seien, daß die Mehrheit ihm allein die Entscheidung darüber zustehe. Herr Stingl ist demnach also auch der Ausschaffung, daß falls eines Tages ein Sozialdemokrat Reichspostminister wird, dieser zu fördern und eine Markenserien mit den Köpfen der Führer der Sozialistischen Internationale herausgeben kann.

**Die Regelung der Berliner Polizeistunde.** Der Berliner Polizeipräsident, Genosse Zörgielli, hat am Mittwoch durch eine Verordnung die neue Polizeistunde für Groß-Berlin endgültig geregelt. Danach wird für Gast- und Schankwirtschaften jeder Tag als Polizeistunde die Zeit von 3 bis 6 Uhr morgens festgelegt. Bis 6 Uhr morgens ist der Ausschank von Branntwein verboten. Von 3 bis 6 Uhr sind die Schankräume für den Verkehr geschlossen zu halten. Diese Bestimmungen gelten auch für geschlossene Gesellschaften (Klubs usw.). Ein Verweilen der Gäste über die Polizeistunde hinaus ist verboten. Verächtliche Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafen bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen belegt, fahrlässige Zu widerhandlungen mit der Geldstrafe. Besonders beachtenswert in den neuen Bestimmungen ist, daß in einzelnen Fällen der Beginn der Polizeistunde früher festgelegt werden kann, wenn sich der Wirt oder sein Stellvertreter in Ausübung seines Gewerbes als unzuverlässig erweist, insbesondere dann, wenn die Arbeitszeit der Arbeitnehmer durch längeres Aufhalten in unzulässiger Weise ausgedehnt wird oder sich sonst Unzuchtigkeiten ergeben. Die Arbeitszeit für die Angestellten der Berliner Gast- und Schankstätten beträgt täglich 9½, in der Woche 57 Stunden; sie darf täglich durch eine zweistündige Pause unterbrochen werden. Saal- und Kartengeschäfte können die Arbeitszeit der Woche angemessen auf die einzelnen Tage verteilen, wobei jedoch die reine tägliche Arbeitszeit 14 Stunden nicht überschreiten darf. Überstunden dürfen nicht dauernd geleistet werden, sondern nur bei besonderen Umständen. Jedem Arbeitnehmer ist wöchentlich eine einmalige Ruhepause von 24 Stunden, anschließend an eine Nachtruhe, zu gewähren. Der Polizeipräsident fordert schließlich an, daß er eine Verlängerung der Theaterspielzeit um eine Stunde beabsichtigt.

## Um die Arbeitsgerichte.

Der Soziale Ausschuss des Reichstags setzte in seiner Nachmittagssitzung die Beratungen über den Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes fort. Im § 14 vertrat Genossen Aufhäuser einen sozialdemokratischen Antrag, wonach bei der Errichtung der Arbeitsgerichte die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vorher zu hören sind. Nach langer Debatte wurde dieser Antrag angenommen. Der folgende § 15 regelt die Verwaltung und die Dienstaufsicht, die grundätzlich der Landesjustizverwaltung untersteht. Auch hierbei gelang es, einen sozialdemokratischen Antrag zur Annahme zu bringen, wonach bei den allgemeinen Anwendungen über die Verwaltung und die Dienstaufsicht, soweit sie nicht rein technischer Art sind, ebenfalls wirtschaftlichen Vereinigungen gehört werden müssen. In der weiteren Beratung über die Zusammensetzung der Arbeitsgerichte hatten Sozialdemokraten und Demokraten beantragt, daß je zwei Laien bei jedem der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammen mit dem Vorsitzenden das Gericht bilden. Die Mehrheit des Ausschusses stellte sich auf den Standpunkt der Vorlage, wonach nur je ein Be wohner notwendig ist. Bei der Gesamtabstimmung über den § 16 enthielten sich die Kommunisten der Stimme, während die Deutschnationalen aus ihrer grundsätzlich ablehnenden Haltung zu dem ganzen Gesetz dagegen stimmen. Auf diese Weise ist zunächst in erster Lesung der § 16 überhaupt nicht zu stande gekommen.

Widerrufen beschäftigte sich der Ausschuss mit dem § 17, der die Bestimmung über die Bildung von Kammern enthält. Danach werden grundsätzlich getrennte Kammer für Arbeiter und Angestellte gebildet. Für das Handwerk kann können besondere Fachkammern gebildet werden. Die Abg. Thiel (D. Ap.) und Lambach (Dnat.) — beide vom Deutschnationalen Handlungsgesellschaftsverband — verlangten die obligatorische Errichtung von besonderen Kaufmännischen Fachkammern an allen Orten, an denen heute Kaufmannsgerichte bestehen. Genosse Aufhäuser wandte sich gegen diese Zerreißung der Angestelltenberufe, die einer starken Benachteiligung besondere technischen Angestellten gleichkäme. Der Antrag Thiel wurde schließlich abgelehnt und beschlossen, daß bei der Festsetzung der Zahl der Kammern sowie bei der Entscheidung über das Bedürfnis für die Bildung von Fachkammern wiederum die wirtschaftlichen Vereinigungen vorher gehört werden müssen.

#### Aus dem Reiche.

Der hessische Landtag beschloß am Donnerstag einstimmig, das von den Rechtsparteien eingeleitete Volksbegehren zur Auflösung des hessischen Landtages zuzulassen. Die Sozialdemokratie erklärte, daß sie angesichts der vielfachen Verfolge die Gelehrtheit des Volksbegehrens nicht anerkennen kann, daß sie aber, um die Ruhe im Lande wiederherzustellen, den Antrag zu stimmen. Anfang Dezember wird vorläufiglich der Volksbegehren stattfinden. Für die Auflösung stimmen die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen Bauernbund und Kommunisten. Die Kommunisten unterstützen damit die antisoziale Politik der Reaktion und machen sich auch in Hessen zu den Siegern gehalten. Der Reichstag beschloß, daß bei der Auflösung des hessischen Landtages stimmen die Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum.

Die Dokumente des Herrn von Tirpitz, Großadmiral von Tirpitz, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, hat ein neues Buch unter dem Titel „Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege“ herausgegeben, und wie bei einer früheren Publikation des Herrn von Tirpitz bei der die Frage ungelöst blieb, wird auch jetzt wieder gefragt, ob Herr von Tirpitz die vor ihm in dem Buch verwendeten Dokumente mit voller Befugnis veröffentlicht hat. Es erhebt sich aber die weitere Frage, ob die Dokumente, die als solche wirken sollen, korret oder ob sie tendenziös wiedergegeben sind. Nun haben sich schon zwei Herren, die in dem Buch behandelt sind, nämlich Herr von Gwinnett und Kommandant von Müller, der frühere langjährige Chef des Marineministeriums, mit heftiger Klage darüber gemeldet, daß Herr von Tirpitz Neuerungen und Briefe nicht vollständig und daher mit tendenziöser Wirkung wiedergebe. Beide Herren stellen einiges richtig und erklären, daß Tirpitz jeweils die Dinge so einrichte, wie es ihm passe. Ein Geprägt Gwinnett mit dem Admiral von Capelle hat Tirpitz übrigens in einer Fassung wiedergegeben, die wieder den Eindruck erweckt, als habe Deutschland bewußt in Wien gegen Serbien scharrt gemacht. Das greife Schreckenkind der Deutschnationalen wird ihnen noch viel Kummer machen!

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Graf v. Merveldt ist Donnerstag nachmittag plötzlich einem Schlaganfall erlegen.

Im Reichstagsausschuss für Verkehrsangelegenheiten fand am Dienstag eine allgemeine Aussprache über das Problem des Kanalsbaues mit Rücksicht auf die Durchführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge statt. Genosse Schumann wies darauf hin, daß beim Kanalbau, wie er heutzutage betrieben wird, die Beschäftigung großer Arbeiterscharen nicht mehr in Frage kommt, da die Hauptarbeit durch riesige Baggerschiffen ausgeführt wird, die nur der Bedienung durch einige Maschinenmeister bedürfen. Die Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge sei daher nicht mehr von ausschlaggebender Bedeutung für den Kanalbau.

fünften Abenue, kaum eine Meile von Grady's Wieslochern entfernt, geworfen? Dies hatten sie getan, deshalb war es ein heiliges Werk, sie auszurotten. So haben die Grady's seit tausend Jahren gedacht und deshalb hatten sie Dummerschäule und Strohpolter angewendet, in schwarzen, unterirdischen Verlieben, in Italien, Österreich und Spanien — und in den großen Städten Amerikas, wo die heilige Katholische Kirche zusammen mit anderen großen Körperschaften die Polizeimacht in der Hand hält.

„So, Sie Hundesohn,“ sagte Bertins, „jetzt hören Sie mich einmal an. Sie werden mir die Namen nennen. Sie werden mir die Namen nennen verhindern? Sie glauben vielleicht, standhaft bleiben zu können, ich aber werde Ihnen, wenn es sein muß, jedes Blüch einzeln austreiben — ich werde nichts unterlassen, um Sie klein zu kriegen. Verstanden.“

Jimmie nickte, die Worte blieben ihm in der Kehle stecken, und er würgte bloß unzähligende Laute hervor.

„Es wird Ihnen nur viele Schmerzen verursachen, wenn Sie noch länger jögern. Seien Sie vernünftig. Wer sind die Leute?“

„Es gibt keine Leute. Sie...“

„So, nur gut. Wir werden schon sehen.“ Der Feldwebel drehte Jimmie um, so daß er hinter dessen Rücken stand, „haltest ihn“, befahl er den beiden Männern, und diese hielten ihn an den Schultern fest. Der Feldwebel packte Jimmies gefesselte Hände und schob sie an Jimmies Rücken hinauf.

„Au! schrie Jimmie. „Hören Sie auf! Hören Sie auf!“

„Hören Sie auf!“ brüllte Jimmie. „Sie werden mir den Arm brechen, den verunsteten!“

„Verwandeln!“ fragte der Feldwebel.

„Ja, eine Angel!“

„Angel!“ sagte der Feldwebel.

„Es ist wahr, fragen Sie, wen Sie wollen. Bei der Schlacht von Chateauneuf Thiers in Frankreich.“

Für einen Augenblick ließ der Druck gegen Jimmies Hände nach, dann jedoch erhoberte sich der Feldwebel, daß Leute, die eine militärische Karriere machen wollten, ihren Vorgesetzten nicht mit Sentimentalitäten kommen durften. „Wenn Sie bei einer Schlacht verwandet wurden, weshalb sind Sie jetzt zum Berichterstatter geworden? Die Karriere!“ Und er schob Jimmies Hände höher hinauf.

(Fortsetzung folgt.)



# Aufruf!

Was Du erreichst von Deinen Vätern hast,  
erwirb es,  
um es zu besitzen!

## Genossinnen und Genossen!

Was ist Euer Erbe? Geld und Gut? Nein! Ihr seid Angehörige der bessiglosen Klasse. Aber Ihr habt dennoch ein Erbe, viel besser als Geld und Gut: Den **wissenschaftlichen Sozialismus**. Durch ihn kommt Ihr zu der Gewissheit, dass keine Befreiung aus der Lohnknechtschaft möglich ist und bevorsteht, aber auch, dass dieses Befreiungswerk nur Euer eigenes Werk sein kann. Wer unter Euch hat schon die Wissenschaft des Sozialismus fest erworben? Und wieviel davon verbreiten diese jährende Erkenntnis weiter? — Genossinnen und Genossen! Verleiht die

## Werbewoche der Partei

auch zur Verleihung des Wissens von der sozialistischen Lehre bei Euch und anderen!

## Lest sozialistische Werke,

die Erbschaft Eurer Großen. Lasst die Lehre von der Erlösung der Menschheit nicht tot in den Büchern ruhen, sondern holt sie heraus aus den Büchern und verheilst ihr zu lebendigem Wirken!

## Die Bücher warten auf Euch!

Niemals mehr kann sich mit seinem knappen Geldbeutel entschuldigen, denn wir haben das denkbar günstigste Teilzahlungssystem, die Buchkarte mit der 50 Pf.-Wochentrate für Euch geschaffen!

Wer in den Reihen der sozialdemokratischen Partei steht, hat die innere Verpflichtung, auch Sozialist zu sein oder es zu werden. **Sozialist** heizt aber heißt, sich Kenntnis der sozialistischen Gedankenwelt, Kenntnis vom Marxianismus, der wissenschaftlichen Begründung des Sozialismus, zu erwerben und mit den so erworbenen Kenntnissen für die Befreiung seiner Klasse und der ganzen Menschheit einzutreten.

**3ögert nicht,** lauft Euch noch heute in Euren Buchhandlungen **Neue Gravenstraße 5** und **Neue Loschwitzerstraße 11** diese grundlegenden Werke:

### A. Zur Einführung in den Sozialismus

Adler, Max. Die Kulturbedeutung des Sozialismus (zurzeit im Verlage vergriffen, nur wenige Exemplare bei uns)	35 Pf.
Adler, Max. Der Marxismus als proletarische Lebenslehre	1.00 M.
Bebel, Die Frau und der Sozialismus (besiegt sich mit dem Zukunftstaat)	2.00 M.
Engels, Fr. Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft	49 Pf.
Engels, Fr. Grundläge des Kommunismus	25 Pf.
Gärtner, Kapitalismus und Sozialismus	1.00 M.
Kautsky-Schönlund, Grundläge und Fortbewegen der Sozialdemokratie (Erläuterungen zum Erfurter Programm)	39 Pf.
Marx, Karl. Arbeitstheorie (sehr wichtig und sehr vergriffen)	25 Pf.
Marx, Karl. Ein Lebensbild von Dr. Willi Cohn	50 Pf.
Marx, Engels. Das kommunistische Manifest (solange am Lager) nur	20 Pf.
Over, Robert. Ein Lebensbild von Dr. Willi Cohn	60 Pf.
Radek, Kulturliteratur des Sozialismus	50 Pf.
Radek, Herrn Dührings Umwälzung der Wissenschaft	2.00 M.

### B. Historischer Materialismus

Adler, Max. Marx als Denker (für Fortgeschrittenen)	3.50 M.
Adler, Max. Engels als Denker (für Fortgeschrittenen)	3.50 M.
Braunthal, Marx als Geschichtsphilosoph (für Fortgeschrittenen)	1.00 M.
Kautsky, Ethik und materialistische Geschichtsauffassung	2.00 M.
Marx, Karl. Zur Kritik der politischen Ökonomie (Vorrede)	2.00 M.
Pleskow, Grundprobleme des Marxismus	50 Pf.

### C. Ökonomische Literatur

(Soweit im Vorhergehenden nicht enthalten)	
Berstein, Wirtschaftswesen und Wirtschaftswellen	50 Pf.
Fischer, Einführung in das Marxstudium	39 Pf.
Kautsky, Historische Lehren	2.00 M.
Marx, Karl. Arbeit und Kapital	39 Pf.
Marx, Das Kapital (Vollausgabe von Kautsky)	6.00 M.
Marx, Das Kapital (Große Ausgabe)	6.00 M.
Marx, Theorien zum Mehrwert (gelehrte, nur noch einigemale)	4 Bde. 22 M.
Reimes, Gang durch die Wirtschaftsgeschichte	2.00 M.

### D. Marxistische Soziologie

Ergow, Ursprung der Religion	3.50 Pf.
Ergow, Die marxistische Geschichte - Gesellschafts- u. Staats-Theorie	9.00 Pf.
Engels, Ursprung der Familie	2.00 Pf.
Fries, Wie Gott erschaffen wurde	2.00 Pf.
Kautsky, Geschichte der Gesellschaftsklasse in Deutschland	2.00 Pf.
Kautsky, Ursprung der Religion	3.00 Pf.
Morgan, Altertumskunde	6.00 Pf.
Schäffler, Kapitalismus im Alten Rom	2.00 Pf.
Schäffler, Entwicklungstheorie	2.00 Pf.

### E. Geschichte der Revolutionen und sozialen Bewegungen (als Ergänzung)

Sartorius, Großer deutscher Revolution	5.25 M.
Bier, Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kampfe	5.00 M.
Sebel, Aus meinem Leben	3 Bde. 8.00 M.
Bernstein, Die deutsche Revolution von 1918	2.00 M.
Bies, Die deutsche Revolution	5.00 M.
Bies, Die deutsche Revolution von 1848	5.00 M.
Corrada, Geschichte der Revolutionen bis zur franz. Revol.	2 Bde. 10 M.
Crozes, Die Tugende Deutschlands	8.00 Pf.
Kampfmeier, Deutsches Staatsleben vor 1789	5.50 M.
Kaufmann, Sozialdemokratie im Spät der Kulturmehrung	60 Pf.
Kautsky, Die Internationale in Vergangenheit und Gegenwart	30 Pf.
Kautsky, Die Weltkrieg enttarnt	60 Pf.
Kautsky, Klassengesellschaft im Zeitalter der französischen Revolution	60 Pf.
Levien, Was wider den Putschismus	40 Pf.
Ullinger, Geschichte der Kommune von 1871	1.00 Pf.
Bier, Kämpferklasse in Frankreich	60 Pf.
Bier, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte	40 Pf.
Bier, Kämpfer in Frankreich	40 Pf.
Heitner, Erfolg-Legende (Der Käff-Friedrich)	6.50 Pf.
Heitner, Geschichte der Sozialdemokratie	2 Bde. 9.00 Pf.
Brügel, Geschichte der U. S. S. R.	1.00 M.
Quast, Eine deutsche Arbeitserziehung	9.00 Pf.
Kolossal, Bilder der Kämpferbericht. Religionsschule des 16. u. 17. Jahrhunderts	2 Bde. 9.00 Pf.
Quast, Krieg u. Kriegerum in alter u. neuer Zeit, 2 Bde. 6.00 M.	
Zimmer, Sozialistische Geschichte des neuen Deutschen Reichsreichs	12.00 M.
Zimmer, Großer deutscher Sonnenkrieg, 2 Bde. in 1 Dün. Bande. 6.00 Pf.	

### Genossinnen und Genossen!

Eure Buchhandlungen sind Eure geistigen Waffenarsenale! Glaubt Ihr, die Kämpferkämpfer, ohne Waffen den Kampf führen zu können? Holt Euch dann Eure Waffen — — — Diese Bücher!

## Fahrpreise der städt. Straßenbahnen.

Von Montag, den 25. Oktober 1926, sollen die im Tagesverkehr ausgegebene Doppelfahrscheine zum Preis von 25 Pf. fort. Ab Mittwochabend vom 25. Oktober 1926 ab werden den Schaffnern zum Preis von 1.50 M. Wochenkarte ausgegeben, die 12 Fahrscheine enthalten, von denen täglich je zwei an einem Wochentage derjenigen Woche zu benutzen sind, für die das Post gekauft wird. Diese Karte können bereits am Sonnabend der vorhergehenden Woche erworben werden. Eine Übertragung nicht benutzter Fahrscheine auf andere Tage ist ausgeschlossen.

Vom 1. November 1926 ab beträgt der Preis für eine Monats-Nekarie 25 M.

Breslau, den 21. Oktober 1926.

Der Magistrat. 14045

## Ein Stadtgespräch

sind unsere

## billigen Verkaufstage

zu fabrikhaft billigen Preisen.

Einige Beispiele:

1 Posten mod. Herrenanzüge jetzt	17.50
Herren-Anzüge Gabardine und Nadelstreifen von	29.00 an
1 Posten Herren-Hosen . . . . . von	4.50 an
1 Posten Winter-Damen-Flauschstoff	
solange Vorrat Meter 7.45 und 4.45	

Bekleidungshaus

Eugen Hamburger

Breslau 2

nur Teichstraße 31

Ecke Springerstraße 2 Min. v. Hauptbahnhof.

14041

## Stiebler's Kaffeehaus

Das wundervolle Aroma

## Stiebler's Kaffee-Qualitäten

zum Preisdruck kommt, ist begründet in der Verwendung edelster Kaffeesorten und deren Mischungen.

### Zäglich frische Röstung!

Nr. 4 hotel-Kaffee-Mischung . . . . .	1/2 kg 3.60
Nr. 5 Kaffeebader Mischung . . . . .	1/2 kg 3.20
Nr. 5 Kaffeebader Edel-Mischung . . . . .	1/2 kg 4.20
Nr. 7 Wiener Mischung . . . . .	1/2 kg 4.40
Nr. 8 Mammut-Mischung . . . . .	1/2 kg 4.80
Gute Haushalt-Mischung . . . . .	1/2 kg 2.80, 3.00, 3.20
Jubiläums-Mischung . . . . .	mit Aufsatzdose 1/2 kg Inhalt 4.00

### Tee neuer Ernte.

Guter Tee ist wahrlich das Getränk, das größte Beachtung verdient. Bereichert es doch in sich so ziemlich alles, was an einem Aufgussgetränk, ja sogar überhaupt an einem Getränk Wertes ist.

Unsere Qualitäten:

Nr. 3	4	5	6	7	8
1/2 kg 4.00	5.00	6.00	7.20	8.80	10.00

Stiebler's Feintost

Schweizer Käse, großgelaucht

Stiebler Röde . . . . . 1/4 Bde. 0.25, 1/2 kg 0.90

Stiebler Röde . . . . . 1/4 Bde. 0.25, 1/2 kg 0.90

Käseberg Bergkäse . . . . . 1/2 Bde. 0.60

Pinsburger Bergkäse . . . . . 1/2 kg 0.80

Bollerer Schmelzkäse . . . . . 1/2 kg 2.20

Haubelser Käseleberkäse . . . . . 1/2 kg 1.80

Modellkäse . . . . . 1/2 kg 1.60

Ziegenkäse . . . . . 1/2 kg 1.80

Geisskäse in Freiburg . . . . . 1/2 kg 2.00

Käsebacher Bergkäse . . . . . 1/

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 22. Oktober.

## Was für wir werben?

Die sozialpolitischen Forderungen unserer Partei sind in ihrem Programm wie folgt niedergelegt:

Der Schutz der Arbeiter, Angestellten und Beamten und die Erhaltung der Lebenshaltung der breiten Massen erfordern:

Schutz des Koalitions- und Streitrechts. Gleiches Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, Verkürzung dieser Arbeitszeit für Jugendliche und in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Gesundheit und Leben. Einschränkung der Nachtarbeit. Wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Die Sorge für die Erledigung von Notstandsarbeiten bleibt ausschließlich den Gewerkschaften überlassen.

Bekämpfung der Mißstände der Heimarbeit mit dem Ziel ihrer völligen Beseitigung unter weitgehender Fürsorge für die Betroffenen.

Überwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch die Gewerbeinspektion, die unter Herausziehung von Arbeitern und Angestellten als Beamte und als Betrauenspersonen zu einer Reichseinrichtung auszubauen ist.

Sicherung der Rechtsgültigkeit der Tarifverträge und Hilfeleistung bei ihrem Abschluß durch die Schlichtungsbehörden.

Selbstständige Arbeitsgerichte, die losgelöst sind von der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Einheitliches Arbeitsrecht.

Vereinheitlichung der sozialen Versicherung bis zu ihrem Umbau zu einer allgemeinen Volksfürsorge. Einbeziehung der Arbeitsfähigen und Erwerbslosen.

Umfassende, vorwegende, heilende und vorzorgende Maßnahmen auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt, insbesondere der Erziehungs-, Gesundheits- und Wirtschaftsfürsorge, einheitliche, rechtschaffliche Regelung der Wohlfahrtspflege, die die Mittlerwirkung der Arbeiterschaft in ihrer Durchführung sicherstellt.

Forderung der internationalen Verträge und Gesetzgebung.

## Der Anfang.

Die Verkörpern der schwarz-weiß-roten Rotter bei den letzten Stadtvorordnetenwahlen sangen nun an, sich zu erfüllen. Von Montag an beträgt

der Straßenbahn-Fahrpreis 15 Pf.

Die bisherigen Rücknahmkarten zum Preise von 25 Pf. fallen fort. Von Montag ab gelten die von den Schaffnern zum Preise von 1,50 M. je Stück ausgegebenen Wochenkarte. Diese enthalten 12 Fahrscheine, von denen täglich je zwei an einem Wochentage derjenigen Woche zu benutzen sind, für die das Schild gestaut wird. Diese Karte können bereits am Sonnabend der vorhergehenden Woche erworben werden. Eine Nebenfrage ist, ob die nächsten 12 Fahrscheine auf andere Tage ist ausgeschlossen. Der Preis für eine Monats-Kehrkarte beträgt vom 1. November ab 25 Mark. Den Armen nimmt man aber schon acht Tage früher den erhöhten Fahrpreis ab. Mit der Straßenbahn haben die Schwarz-Weiß-Roten den Anfang zur Finanzierung ihrer Politik gemacht. Gas, Wasser, Elektrizität und Gewerbesteuer folgen nach. Das ist der vertraghafte Weg: „Raus aus dem Dreck!“

„Java“, die Perle der Hawaischen Inseln,

wird als Lichtbildvortrag des Professor Genossen Winkler am Mittwoch, den 27. Oktober, im großen Saale des Gewerbeschäftshauses jedem Genossen und Gewerbeschüler etwas sehr interessantes sein. Wir weisen darauf hin, daß die Karten zu 30 Pf. in den Büros der Gewerkschaften, der Partei, der Bibliothek und den Geschäftsstellen der „Volkswacht“ zu haben sind, ferner am Büfett des Gewerbeschäftshauses. Wir bitten, schon heute sich einen Platz zu sichern, und bitten auch die Funktionäre der Arbeiterbewegung, den Betrieb der Karten mit zu fördern.

Der Arbeiter-Bildungsausschuk.

## An die Jugend!

Sonnabend, 23. Oktober, abends 8 Uhr, findet in der Aula der Victoria-Schule, Blücherstraße, eine Kundgebung mit dem Thema „Jugend und Sozialismus“ statt. Redner ist Genosse Dr. E. Kasten. Eingeladen sind: Jugend des Reichsbanners, Akademie der S.A.-D., S.A.B., Gewerbeschafftjugend und Sportjugend.

Jugendgenossen, besucht alle diese Veranstaltung!

Jungsozialisten Breslaus.  
Sozialdemokratische Partei.

## Verschenkt wird

als zweites das Buch von Wilhelm Blos, „Florian Geyer“, eine Biographie. Näheres im Oberbericht des Bürgerkreises und durch die „Volkswacht“-Buchhandlung, Neue Graupenstraße 5. Das erste zum Berichten bestimmte Buch war laut unserer geistigen Notiz: Baluschek, Großstadtdichten. Morgen nennen wir das dritte Gedicht.

## Eine Löbe-Rede in Breslau.

Eine Löbe-Versammlung in Breslau bedeutet für die bessige Arbeiterschaft seit Jahrzehnten ein paar Stunden der politischen Sammlung und Aufklärung, der knappsten und zuverlässigen Informationen über die wirtschaftliche und politische Lage und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft, eine Gelegenheit zur sachlichen Aussprache über die nächsten notwendigen Aktionen der Arbeiterbewegung. Die Kommunisten können sich rühmen, daß sie gestern diesen bestehenden Eindruck seit längerer Zeit zum erstenmal wieder etwas getrubt haben. Mit geschlossenen Formationen des Rot-Frontkämpferbundes hatten sie planmäßig Teile des großen Schlechterverkaufes so besetzt, daß es ihnen gelang, zeitweilig die überfüllte Versammlung in einer Weise zu stören, daß sogar einmal eine kurze Unterbrechung notwendig war. Geschäftsförderungsmäßige Abstimmungen blieben durch ihren Lärm in einem Teil des Saales unverständlich. Sonst wäre es kaum möglich gewesen, daß die Ruhelöser durch ihr Verhalten sogar die Behandlung von Anträgen abschritten, die wahrscheinlich aus ihren eigenen Reihen gekommen waren und mit dem Thema des Abends nichts zu tun hatten. Mit solchen Methoden sollte offenbar die Wirkung der sozialen Ausführungen Löbes abgeschwächt werden, da das einem kommunistischen Diskussionsredner trotz halbstündiger Redezeit nicht gelang. Die bürgerlichen Besucher der Versammlung müssen einen schönen Eindruck von den Bruderkämpfern der Arbeiterschaft gehabt haben.

Löbes Rede ging von dem Auscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung vor drei Jahren aus und fasste die Ergebnisse der bürgerlichen Politik, besonders seit dem Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung und der Hindenburgwahl, im Überblick zusammen. In der Außenpolitik habe sich der Verständigungsgedanke durchgesetzt. Ja, die Unterschrift Hindenburgs unter den Locarnopakt, der für ewige Zeiten die heutige Westgrenze des Reiches festlegt, und auf Elsass-Lorraine verzichtet, sei weitergegangen als irgend ein Linkskabinett den Westmächten früher entgegengestellt wäre. In der Innopolitik zeige die symbolische Flaggenfrage, der Stand der Justiz, der Reichswehr usw. eine Entwicklung, die weit weniger in unserem Sinne läge, und in der Wirtschaftspolitik hätte sich unter den bürgerlichen Regierungen geradezu das Gegenteil von dem durchgesetzt, was wir forderten. Unter dem Schild hoher Zölle und ungehindelter Kartellbildung, unter einseitiger Beihilfe und Unterstützung in der Steuerpolitik hätten sich die wirtschaftlichen Gegenseite verschärft. Schwere Arbeitslosigkeit als die ernste Folge der Krise sei gerade in Orten wie Breslau ja sichtbar genug. Rund 2 Millionen Arbeitslose finden noch keine Arbeit, etwa ebensoviele müssten teilweise feiern. Das bedeute Millionen mangelhaft ernährter Frauen und Kinder und zerstörter Haushalte, bedeute Rückwirkung der Notlage der handarbeitenden Schichten auch auf die Lage z. B. des Handwerks, das seine Kunden verlor, der breiten Unterbaumgruppen, die in solchen Verhältnissen ihre Arbeitsbedingungen nicht verbessern könnten, der Landwirtschaft, bei es an Mängeln fehle. Löbe wies zur Erklärung u. a. auf die Zunahme der Arbeitslosigkeit um rund 3 Millionen Arbeitskräfte, der Angestellten um fast eine Million gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr hin, worin die wachsende Proletarisierung immer weiterer Volksstämme zum Ausdruck komme. Er nannte die Ziffern der unterstütteten Erwerbslosen für einige Hauptabschritte der Krise (1. April 1925: 465 000, 15. Februar 1926: 2 059 000, 15. September 1926: 1 484 000) und wies nachdrücklich darauf hin, daß darin noch nicht das ganze Ende zum Ausdruck komme, da jede Woche rund 10 000 Erwerbslose im Reiche ganz aus der Unterstützung ausgesteuert würden. Im Gegenzug zur Produktionskrise unter der Kriegswirtschaft und der Blockade handelte es sich hier um die typische kapitalistische Krise. Daß unsere politische Verfassung nicht schuld sei, zeige ein Blick auf die übrigen europäischen Staaten, die ohne Unterschied ihrer Verfassung ebensfalls mit in dieses Schicksal hineingerissen seien. Die Inflationskrise in Frankreich, mit der Poincaré nicht fertig werde, und in Belgien, Italien, Polen, Rumänien, die Arbeitslosigkeit in England (1½ Millionen ohne die Bergarbeiter), die aus den amtlichen russischen Berichten hervorgehende Minderbeschäftigung und Minderentlohnung auch in der Industrie Sommerslands (60 bis 65 Prozent der Beschäftigung vor dem Kriege, 60 bis 90 Prozent Vorkriegslöhne). Die Unterlagen des Krieges seien natürlich besonders schwer getroffen. Deutschland mit seiner hochwertigen Fertigfabrikation die im Kriege von weiten Märkten durch Konkurrenten oder neugeöffnete einheimische Industrien der Nachländer verdrängt wurde, mit am schwersten.

Der Redner gab dann Berechnungen, wie weit Zollkrieg und unterbrochene Handelsbeziehungen die deutsche Arbeitslosigkeit vermehrten, wobei er besonders darauf hinwies, daß 90 000 bis 100 000 deutsche Arbeiter durch den Zollkrieg mit Polen beschäftigungslos wurden, die sich zum großen Teil auf die deutschen Ostgebiete konzentrierten. Die deutsche Ausfuhr nach Europa sei gegenüber der Vorkriegszeit um die Hälfte zurückgegangen, die nach Amerika etwas ebenso sehr.

Die Unternehmer suchen durch Verbilligung der Produktion aus diesen Zuständen herauszukommen, leider aber zunächst in der Weise, daß sie die Arbeitssätze senken und die Arbeitszeit verlängern. Das bedeutet aber weitere Rückgang der inneren Kaufkraft und keine Aussicht auf Hilfe, da die Löhne in Deutschland ohnehin niedriger sind, als in den Hauptkonkurrenzstaaten. 1 Mark deutscher Reallohn entspricht 2,50 Mark in den Vereinigten Staaten, 2 Mark in Kanada, 1,40 Mark in London, 1,25 Mark in Holland und Schweden. Nur in kleineren Industriestädten wie Tschechien und Belgien sind die Reallöhne zum Teil noch etwas niedriger als bei uns. Abwehr der Angriffe auf Arbeitssatz und Arbeitszeit erhofft Löbe von der Kampfkraft der deutschen Arbeiterschaft trotz ihrer Verleumdung und Zerstreuung.

Da jede Rationalisierung zunächst auf dem Arbeitsmarkt noch nicht entflossen wirken könne, bleibe der Ausbau der Arbeitssatzförderung eine Hauptaufgabe der Tagespolitik. Wie der Unternehmer entlastigt wird, dessen Fabrik durch ein Kartell oder durch den Staat stillgelegt werde, so habe auch der Arbeiter Anspruch auf Entschädigung, wenn er seine Arbeitskraft nicht verwerten könne. Daher die sozialdemokratische Forderung nach verbesserten Unterstützung für die ganze Zeit der Arbeitslosigkeit!

Im Umriss zeigte der Redner dann die nächstliegenden Mittel zur Beeinflussung der Wirtschaftspolitik, die der Arbeiterschaft innerhalb der heutigen Ordnung zur Verfügung stehen und forderte unter anderem, daß Staat, Reich und Gemeinden

als Arbeitgeber in der Lohnpolitik größer als bisher vorgehen. Vergeblich sei der Kampf gegen die Bildung der großen Kartelle und Trusts, wie wir sie in Deutschland in dem gewaltigen Stahl- und Eisentrust mit fast einer Milliarde Kapital und im chemischen Großkonzern mit seinem Kapital von über 1 Milliarde jetzt aufsteigen lassen. Möglich sei dagegen, so meinte er, die Kontrolle und Beschränkung der Kartellpolitik durch nationale Zollabbau, durch staatliche Beteiligung und durch internationale Vereinbarungen der Staaten. Im Reichstag habe ein Kampf gegen die Großkonzern freilich nicht einmal die Wirtschaftspartei mitgemacht, die doch angeblich Mittelpunktsinteressen vertrete, geschweige denn die Deutschen Nationalen, die Abgeordnete waren. Löbe bekannte sich dann als Anhänger des pan-europäischen Gedankens, dessen Verwirklichung er durch allmähliche Annäherung der Wirtschaftspolitik der europäischen Staaten erhofft. Zu dem Zollabbau manifestierte der Unternehmer wies er aber darauf hin, daß bereits alle Interessen des heutigen Zustandes im Unternehmerlager ihren Widerspruch dagegen angemeldet hätten.

Ausführlich schilderte der Redner dann die Bemühungen der Sozialdemokratie unter Führung Ditzmanns um ein erweitertes Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches, aus dem er besonders das Siedlungsprogramm für den Osten herauholte. Das Wohnungsbauprogramm des Zentrumsmannes und preußischen Wohnungsministers Hirscheler verlangte aber Untragbares, wenn er sich die Mittel durch weitere 20 prozentige Meisterhöhung beschaffen wolle. (Lebhafte Zustimmung.) Löbe schilderte dann den zähen Kampf der Sozialdemokratie um die Verlängerung und Erhöhung der Erwerbsunterstützung im Reichstage und ihre unabdingbaren aber doch fortwährenden Teilerfolge. Die Partei werde mit allem Nachdruck jetzt die Forderung nach dauernder Unterstützung für die ganze Zeit der Erwerbslosigkeit wiederholen. Der Erfolg hänge von der Haltung der Mittelparteien ab, also auch vom Druck der christlichen Arbeiter und demokratischen Angestellten auf ihre Fraktion. Die große Bedeutung der Zusammenstellung des Parlaments zeigte sich in solchen Kämpfen nur allzu deutlich. Aus den steuerpolitischen Kämpfen der Sozialdemokratie hob der Redner besonders die Bemühungen um die Erhöhungen des steuerfreien Existenzminimums hervor und die erreichte Rückzahlung von 52 Millionen Mark an Arbeitersteuerzahler. Inmerhin werde gegenwärtig nur ca. 30% der Reichseinnahme vom Besitz getragen.

Zur Innopolitik wiederholte Löbe seine Forderungen für die Aenderung der Zusammenfassung der Reichsmehr, da ihre von Breslau aus gelegentlich geforderte Abstimmung ausgeschlossen sei. Er charakterisierte die Unabhängigkeit der Richter als Unabhängigkeit vom eigenen Volk und bedeutete, daß der in Begnadigungsfragen als wohlwollend bewährte preußische Justizminister so wenig Energie gegen die schwersten Mißstände in der Justiz aufbringe. Ausführlich ging Löbe in seinen auf die Frage der Fleischabfindung ein, indem er noch einmal zusammenstellte, was die Hohenholzern zunächst forderten (an Betwerten, Land u. a. zusammen rund 880 Millionen Goldmark). Was der preußische Gesetzestext ihnen schließlich gab (250 000 Morgen statt 209 000 Morgen Land, 93 Millionen Goldwert statt des mehrfachen Beitrages). Wir haben im Volksentscheid verfügt, mehr zu erreichen, die notwendigen Stimmen aber nicht aufgebracht. Ohne den Vergleich hätten noch die Haltung der Justiz aufgebracht. Zum Vergleich hätten noch die Hohenholzern infolgedessen noch mehr bekommen. Auch die sächsischen Kommunisten Böltcher, Seidt und Brandt hätten gemeinsam mit den sozialen Wirtschaftszionisten und Liebmann in solcher Lage einen Vergleich mit dem früheren sächsischen Königsberg vorgezogen, der diesem prozentual ziemlich genau so viel bewilligte, wie das jetzt in Preußen getan. Man braucht des Endes nie aus dem Auge zu lassen, wenn man für die Gegenwart trockenem Teilerfolge nicht ausübersetzen will.

Zum Schlus ging Genosse Löbe auf die Einladungen Dr. Wirths zur republikanischen Zusammenarbeit und Dr. Silvertzergs zur Großen Koalition ein. Er wies darauf hin, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie die Silverberg-Rede schon dadurch entwertet habe, daß er in ihr nichts anderes sehen will als das, was die Industriellen „sich immer“ gesagt hätten. Was haben die Industriellen und ihre volksparteilichen Vertreter angesichts der durchdachten Vereinigung der deutschen Arbeiterschaft in einer Koalition für sachliches Entgegenkommen zu bieten? Sind ernstlich zum Zollabbau bereit, zur staatlichen Beschränkung der Kartellpolitik, zur erhöhten Arbeitslosunterstützung für die ganze Erwerbslosigkeit, zu gerechter Steuerpolitik?

Angesichts der begründeten Zweifel am guten Willen zu wirtschaftlichem Entgegenkommen der Industriellen in solchen Fragen sollte man von Koalition am besten gar nicht sprechen, ehe nicht wenigstens die republikanischen Parteien allein eine Mehrheit bilden, die dann vielleicht von Fall zu Fall weiter links Unterstützung finden könnten, wie sie Clara Zetkin 1920 anbot, als die Deutsche Republik ernstlich in Gefahr war. Es sei ebenso falsch, grundlos für immer in der Opposition zu bleiben, wie um jeden Preis in die Regierung hinein zu wollen, ohne dort eine entscheidende Besserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klasse erreichen zu können. Wo die Sozialdemokratie aber auch immer zu kämpfen habe, hänge ihr Einsatz ab von der Stärke ihrer Organisation, von der Einigkeit der Arbeiterschaft. (Lebhafte Beifall.)

In der stürmischen Debatte sprachen außer dem Kommunisten Wollmeier, der die Haltung der ländlichen Kommunisten in der dortigen Fleischabfindung zu beschönigen suchte und erklärte, die Kommunisten wollten zum Unterhändeln vor den Sozialdemokraten die herrschende Klasse „überzeugen“, noch der „Parteilose“ Schleyen und der Nationalsozialist Dr. Rositak sowie Genosse Birnbaum. Löbe hieß den Kommunisten im Schluswort wirkungsvoll ihren ständigen Rückgang in allen Wahlen der letzten Jahre entgegen und ihre inneren Parteikämpfe, die sie zur Sammlung der Arbeiterschaft als unfeindlich erweile.

## Parteigenossen und Freunde der Arbeiterjugend:

Sonnabend, den 30. Oktober, veranstalten die Heime 3 und 14 der Sozialistischen Arbeiter-Jugend eine Hermann-Löns-Feier in der Aula der Benda-Oberschule, Lehndamm, Giraltispreis: Erwachsene 25 Pf. Jugendliche 15 Pf. und Erwerbslose 10 Pf. Neben der Biographie, die Genosse Dr. W. Grumbkow gibt, werden Rezitationen, Bilder und Volksfeste den Abend umrahmen.

# Heut abend 5 Uhr Flugblattverbreitung

von den Distriktslokalen aus. Helfe jeder einzelne eine Stunde mit!

## Jugend heraus!

### Unterstützt die alten Parteigenossen bei ihrer Arbeit.

## "Die falsche Scham".

Der obige Film, der dieser Tage im Gewerkschaftshaus läuft, ist — um einen etwas in Betracht geratenen Ausdruck zu gebrauchen — ein Ausbildungsfilm im besten Sinne des Wortes. Er zeigt in vier Episoden, die durch die Göttl. ist des alten menschenfreundlichen Sanitätsrates in einem soßen Zusammenhang gebracht werden, die großen Gefahren der Geschlechtskrankheiten und die grausamen Verwüstungen, die sie anrichten. Der Film beschönigt nichts, er bringt erschütternde Szenen aus Krankenhäusern, er veranlaßt in sehr instruktiven Aufnahmen den Bevölkerungsprozeß, den besonders Tripper und Syphilis im menschlichen Organismus vornehmen und verdeutlicht — allerdings nur aus rein bürgerlicher Einstellung gesehen — die sozialen Verhältnisse der Geschlechtskrankheiten. Hervorgehoben zu werden verdient die in hohem Maße erzieherische Tendenz des Filmes, der, frei von unaufdringlichen Beschönigungsversuchen, doch in seinem Charakter dezent und taktvoll bleibt. Unterlassen wird auch nicht, auf die Pflicht zur energischen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten mit besonderer Betonung hinzuweisen, nor Vernachlässigung derartiger Erkrankungen und Kurzfristigkeit nachdrücklich zu warnen. Eine interessante Handlung vermittelt in sehr geschickter Weise die Tendenz auch einem geistig oder jährling weniger geistigen Publikum. Zu bedauern bleibt, daß — wie schon angedeutet — ein so hochwertiger Film sozusagen aus nur bürgerlicher Perspektive aufgenommen ist, daß er es unterläßt, das soziale Elend der unteren Volksstufen und dadurch einen der hauptsächlichsten Entwicklungsgeraden der Geschlechtskrankheiten aufzudecken. Immerhin bleibt trotz dieser Einstellung der erzieherische Wert so groß, daß der Besuch mit ganz besonderer Empfehlung empfohlen werden kann.

Das vor diesem Film laufende Beiprogramm bringt außer den üblichen Wochenhau sehr interessante Aufnahmen mit der Zellule.

## Vom künstlerischen Schauen beim Wandern.

Über dieses Thema sprach an Hand zahlreicher Lichtbilder am Donnerstagabend im Saal des Städtischen Jugendheims vor einer zahlreichen Zuhörerschaft Herr Paul Urban aus Gorau (M.-L.). Der Vortragende führte im wunderlichen aus "Wandern und Sehen" gehörten zusammen wie der Tag und das Licht, wie die Nacht und die Sterne. Ohne das "Sehen" wird das Wandern zu einer rein sportlichen Betätigung, die selbstverständlich auch ihre Berechtigung hat, aber doch auf ganz anderem Gebiete liegt. Nutzt es nicht etwas eigenartig an, wenn eine Bergbesteigung nur nach der Zeit, in der sie ausgeführt wird, bewertet werden soll? Nein, es kommt auch auf die ästhetische und ethische Seite des Bergsteigens und Wanderns an! Herr Urban untersagte eingehend die Frage: Was heißt denn reelles, künstlerisches Sehen? Zum künstlerischen Schauen der Natur genügt nicht ein nur oberflächliches Hinsehen, sondern es ist ein Sichverstehen, ein Erleben nötig, und darin eben liegt das Geheimnis des Sehens.

Rechenschaft ablegen sollten wir uns von dem, was wir sehen! Dann wird uns manche heimliche und verborgene Schönheit zum inneren Erleben werden. Wir müssen beim Beurteilen der Statut unseres Standpunktes möglichst so wählen, daß wir den Hauptvorwurf mit einem Blick übersehen können. Im weiteren müssen wir uns der Wirkung von Form und Farbe, von Licht und Schatten bewußt sein.

Welche Renditionen treten zutage, wenn wir ein und dieselbe Landschaft zu verschiedenen Tages- und Jahreszeiten und unter wechselnden Beleuchtung betrachten!

Der Vortrag war durchaus geeignet, besonders die jugendlichen Zuhörer für die Natur und ihr reelles Schauen zu begeistern. Ist doch die Erweckung der Naturzünde und des Naturzugs ein wichtiges Mittel, auch der Kunst nahezukommen. Die Zeigungen, weit über 100 farbigen Lichtbildern bildeten einen Zusatz für sich. Der Vortragende hat die Aufnahmen auf Bandaufnahmen durch ganz Deutschland und im Auslande selbst gemacht. Alles in allem bot der Vortrag viel Schönes. Durch Naturgenuss wird der Mensch zum Schönheitsucher, freilich, Sehen und "Sehen" ist zweierlei. Abhänglich hielt Herr Urban in seinen Lichtbildern Form und Farbe nebeneinander. Denkendes Schauen und verständiges Aufnehmen ist erforderlich. Das gilt für Wald und Flur, See und Gebirge. Berücksichtigung lassen aber auch die deutschen Waldseen und die alten romantischen Friedhöfe. Unter anderem wurde ein malerisch wirkender Mohammedanischer Friedhof gezeigt.

Eine "Wandertour durch die Jahreszeiten", ebenfalls durch Lichtbilder unterstützt, gab dem sehr interessanten Vortrag einen wundersamen Abschluß. Herr Urban hat allen Zuhörern Unregungen vermittelnt, die sicherlich gute Früchte zeitigen werden.

## Der Ueberzieher.

Wir leben im Oktober und das Quellenbild im Thermometer siebzigstel bereits stark mit jenem roten Teilstück, der den Gefrierpunkt bezeichnet. Wenn auch am Tage noch einige Grad Wärme persischen, so ist es doch in den Abendstunden und nachts schon erheblich kalt. Wer seinen warmen Winterüberzieher während des Sommers nicht ins Pfandlager tragen braucht, soll ihm jetzt schlechtlos aus der Mottenküte, um sich seiner möglichen Wärme zu erfreuen. So mancher armer Teufel hat aber leider gar keinen Mantel, oder vielleicht nur einen ganz dünnen, der sich wohl mehr für einen frühen Maiengang als für den Oktober hält. Da muß Kutter die wärmste Unterhose hervorholen und womöglich noch eine Unterjade dazu als Ertrag für den schlenden Winterhabit. Als Robespier zieht wohl mancher noch seinen Regenmantel an, der aber im heutigen Konat als ein sehr "mindiges" Kleidungsstück wirkt.

Vielle Arbeitslosen haben ihren warmen Mantel aus Not vergraben müssen. Das Wohnungsamt hat in einzelnen Fällen auf besonderen Antrag Sonderunterstellungen gewährt, damit die Betroffenen ihren Winterüberzieher wieder einführen können. Leider ist es aber nicht möglich, allen solchen Anträgen stattzugeben. Am besten sind wohl in der kalten Jahreszeit noch die sogenannten "Katumenschen" daran, denen es nichts ausmacht, wenn sie mit völlig blozem Hals, nach Art der Seelenleute herumlaufen. So hat also auch die körperliche Abhärtung ihr Gütes. Gibt es doch Menschen, die im Winter sogar ein kaltes Flugbad vertragen.

Gesellschaftlich bewahrt bleibt um die Prophezeiung nicht, daß dieser Winter besonders streng wird. Eine mögliche trügerische Kälte ist wohl am besten zu ertragen. Denn die Kälte wirkt unter Umständen noch viel nachsichtiger als Kälte, zumal die meisten Menschen kein ganzes Schubzengen haben.

## Vom Gewerbezettel.

Eine seit zwei Jahren in der Druckerei von Hülsen bestätigte Maschinenteilein wurde entlassen, weil sie eine schlechte Arbeit gemacht hatte. Der Betriebsrat lag in der Entlassung eine unbillige Fäkte, zumal die Arbeiterin nicht allein an der fehlerhaften Herstellung der Maschinenteile schuld war, sondern die Betriebsleiterin in erster Linie misschuldig und auch die Maschine nicht in Ordnung war. Die Zulassung eines Sachverständigen wurde verweigert, also mache die Firma den Angeklagten ungünstig machen. Derartige Vorfälle können dort auch öfter vorliegen, wenn es sich um organisierte Angeklagte handelt. Die Betriebsleiterin, die ja einen der beiden Maschinenteile zur Klärung der Schuldfrage vorgelegte habe. Die Klägerin sei nicht allein bestraft worden, denn die Betriebsleiterin sei auch in eine andere Abteilung versetzt worden. Aus den Zeugenauflagen ging hervor, daß man der Klägerin nicht allein die Schuld beimachte. Sie war als Handlangerin von der ersten Betriebsleiterin abhängig, und wenn diese den Fehler nicht hätte, könnte es sie nicht viel weniger. Die Klägerin steht somit insofern auch, daß sie gerade bei ihrer Arbeit ganz besonders gefehlt werden

## Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Heute 4, 6<sup>o</sup> und 8<sup>o</sup> abends

# Falsche Scham

Zeitungshumor \* Ufa-Wochenschau

Erwerbslose nur 4 Uhr je 25 Pf. — sonst Einheitsplatz 50 Pf.

jugendliche haben Zutritt!

## Das Arbeiter-Sport-Kartell E.V.

Sei. — Es wurde auch in der Entlassung noch deshalb eine unbillige Fäkte gesehen, weil bessergestellte verheiratete Arbeiterinnen noch beschäftigt werden, während die Klägerin heute noch arbeitslos ist und für Gehirn anderer büßen soll.

Das Gericht war aber der Ansicht, daß hier teilweise Ver-

schulden der Klägerin vorliege, und die Klage wurde abgewiesen.

## Aus dem Kreise Nimpfch.

Zum verteuerten Siedlungswesen.

Ein Leser schreibt uns: Zu der Anfrage uns res Landtags, abgeordneten Gen. Simon ("Volkszeitung" vom 18. Oktober 1926) kann ich nur empfehlen: Wenn der Staat die erste Absicht hat, den vertriebenen Ansiedlern aus der Ostsiedlung zu helfen, soll man doch Bauerngüter und Wirtschaften, die frei veräußert sind, ankaufen und den vertriebenen Ansiedlern zunächst wachstreu, aber mit Kaufrecht, überlassen. Voraussetzung ist, daß die zuständigen Stellen unbedingt über Fachleute verfügen, die eine häusliche Wirtschaft bearbeiten können und nicht wie viele Kulturmärkte vorher angehen, nur vom Land stammen, dennoch weder Kuh oder Kalb bezirzen, gleichzeitig das Land bewerten können, von dem die Ansiedler leben sollen. Es könnte dann nicht mehr vorkommen, daß die selbständige Alternahrung der Kleinbauern so verunreinigt wird während doch der Landbund behauptet, daß nur der Großgrundbesitz sich in " Katastrophen " Lage befindet. Zu einer Zuckerfabrik könnten neuerdings Interessenten erfahren, daß die Rüben der kleineren und mittleren Besitzer besser, also zuverlässiger sind, als die des Großgrundbesitzes. Das müßte doch auch den oben genannten Amtsstellen zu denken geben.

## Breslauer Produktionsbörse.

amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktionsbörse von 21. Oktober gehaltenen Preise in Reichsmark bei vorläufiger Bezahlung und Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis, ob dörflicher Verladestation in volle Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die nach Brachtwurst-Breslauersehnen). Lenden (Gefüchte) — Kartoffeln: Rüff — Gefütermittel: Fleisch — Mehl: Sehr Fleisch.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg):

Getreide:	21	20	Getreide:	21	20
Weizen 75 kg	27,50	27,00	Wintersorten:	—	30,—
Weizen 71	26,50	26,00	Leinamen	—	94,—
Hoggen 71	23,60	22,50	Sesamamen neu	—	45,—
Hoggen 68	22,20	21,70	Hanfam.	—	24,—
Hafri	17,00	18,70	Blauamo	—	86,—
Brauner	24,50	24,50	*) Gute Qualität	—	—
Mittelgerste	20,00	20,00	) Durchschnitts-Qualität	—	—
Winter-Gerste	18,00	18,00	) Mittlere Art und Güte	—	—

Spätzelfächer, rote und weiße 3,00.

Kartoffel-Kartoffeln für das Prozen Stärkegehalt 0,12.

Futtermittel: Nachstehende amtliche Preise für Getreideverluste nach für 100 kg Kartoffel-Wagon bei Breslau für ganze Waggonladungen

21	19	21	19		
Weizenfleie	11,00-12,50	10,50-12,00	Malzkleine	12,25-13,25	12,00-13,00
Roggengleie	10,50-12,25	10,25-12,00	Krodenmehl	9,50-10,00	9,25-9,75
Reinweizen	21,00	22,00	Reinetzenfleie:	—	—
Rapsflocken	16,25	17,25	meiste	—	—
Palmkernflocken	14,50	15,50	Gefüterer:	—	—
Sesamflocken	22,00	23,00	meiste	—	—
Kohlglocken	18,00	20,00	Palmkern:	—	—
Reinweizensäfte	18,75	14,75	meiste	—	—
Reisfuttermehl	12,50	13,50	Sortimente	—	—
Kartoffelflocken	24,00	25,00	Wheat	20,00-21,00	19,50-20,50
Bierkreber	13,25	14,25	Sapothrot	ca. 44 % 21,00-22,00	20,50-21,50
Gefüterfleie	15,50	18,00			
Sonnenblumenflocken (46 %)	16,00	17,00			
Baumwollzätmehl (50 %)	20,25	21,25			
Erdbutterflocken (50 %)	20,50	21,50			
amtliche Notierung für Wühltenerzeugnisse (je 100 kg):	21	20	21	20	
Weizenn. (70 %)	41,50	40,75	Auszugmehl	48,00	47,50
Hoggenm. (70 %)	34,50	33,75			
Heimete Sorten werden höher bezahlt					

## Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtwiehmarktes.

Hauptmarkt am 20. Oktober.

Der Marktstand betrug 1079 Rinder, 972 Kalber, 707 Schafe, 2213 Schweine. Überhand vom vorherigen Markt waren: 27 Kinder, 10 Schafe, 6 Schweine.

### I. Rinder.

A. Rinder:	99 Stück	Lebendgewicht Markt
a) vollfleischige, ausgemästete höchste Schlachtwerts	1. Jüngste	52-55
b) sonst vollfleischige 1. Jüngste	2. ältere	52-55
c) fleischige	43-48	43-48
d) gering genährte	20-28	20-28
B. Rinder:	288 Stück	
a) jüngere, vollfleischige, höchste Schlachtwerts	52-55	
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	45-50	
c) fleischige	42-45	
d) gering genährte	—	
C. Rinder:	522 Stück	
a) jüngere, vollfleischige, höchste Schlachtwerts	52-57	
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	39-45	
c) fleischige	26-32	
d) gering genährte	20-24	
D. Rinder (Rindfleisch):	153 Stück	
a) vollfleischige, ausgemästete höchste Schlachtwerts	55-60	
b) vollfleischige	45-50	
c) fleischige	40-44	
E. Rinder:	34 Stück	
a) gering genährtes Jungvieh	43-47	

### II. Kalber.

972 Stück




<





## Gewerkschaftsbewegung.

### Sinkende Reallöhne.

In den letzten Monaten ist ein merkbares Sinken der Reallöhne festzustellen. Der Reallohn ist aus den Lebenshaltungskosten und den Nominallöhnen abzuleiten. Nun zeigen aber die Lebenshaltungskosten keine Abnahme, zu es liegt eine starke Tendenz zu ihrer weiteren Steigerung vor, wie überhaupt die Preisentwicklung mit einer einschneidenden Konjunkturbelebung noch oben geht. Demgegenüber müssten die Nominallöhne gestiegen werden, während sie in der Wirklichkeit heruntergehen. Nach Angaben in „Wirtschaft und Statistik“ haben sich zwar die Tariflöhne in den letzten Monaten wenig geändert. In der Brauindustrie und auf einigen Gebieten der Metallindustrie und des Stahlbergbaus sind sie einigermaßen gestiegen, in anderen Industriezweigen, wie in der Süß-, Bad- und Leichtwarenindustrie, im Holzgewerbe, in der Kartonagenindustrie und auch bei der Reichsbahn sind sie gesunken. In Wirklichkeit können aber die Tariflöhne infolge des Überangebotes auf dem Arbeitsmarkt vielfach nicht gehalten werden, wie darauf der Vertreter des ADGB auf dem Kongress des Vereins für Sozialpolitik jüngst nachdrücklich hingewiesen hat. Noch schlimmer gestaltet sich der Nominallohn bei tariflosem Zustand, wo die tatsächlichen Verdienste nach „Wirtschaft und Statistik“ nach den vorliegenden Meldungen eine rückläufige Bewegung verzeichnen. So hat zum Beispiel die südbayerische Textilindustrie ohne ein neues Lohnabkommen die bisherigen Tariflöhne um 3,7 Prozent erhöht und auch im Holzgewerbe machte sich der verhältnismäßig starke auftarifatische Lohnabbau auf einzelnen Gebieten bemerkbar. Diese Lohnentwicklung ist nun aber, volkswirtschaftlich gesehen, als verhängnisvoll zu bezeichnen. Die Nationalisierung der Produktion und andere Ursachen haben Millionen von Arbeitnehmern freigelegt, deren Kaufkraft demnach, da sie nur über die Erwerbslosenunterstützung verfügen, außerordentlich geschwächt ist. Einen volkswirtschaftlichen Ausgleich förderte nur gestiegener Reallohn der beschäftigten Arbeiter bieten, wenn nämlich die Konsumkraft der Beschäftigten im höheren Umfang zunimmt, als sie bei den Erwerbslosen und Kurzarbeitern sinkt. Die gegenwärtige Entwicklung aber, wo die Reallöhne, anstatt sich zu erhöhen, zurückgehen, ist das Gegenteil dessen, was für die Sanierung der Wirtschaft unvermeidlich nötig ist.

### Nostandsarbeiter sollen Steuern zahlen.

Der Reichsfinanzminister hat eine Verfügung erlassen, nach der eine Besteuerung der Nostandsarbeiter von der Einkommensteuer nicht mehr aufrechterhalten werden kann, seitdem die Besteuerung des Tariflohns der übrigen Arbeiter angestiegen sind. Das Reichsfinanzministerium ist daher der Meinung, dass eine weitere Freilassung des Lohnes der Nostandsarbeiter eine ungerechtfertigte Begünstigung dieser Arbeiter gegenüber den übrigen Arbeitern bedeutet.

Die Eile, mit der das Reichsfinanzministerium die Besteuerung der Nostandsarbeiter dem Siegerzug unterwirft, hat trotz aller Begründung einen peinlichen Beigedanken. Wenn es nur um arme Teufel handelt, dann sind unsere Bürokraten mit dem Einziehen der Steuern immer sehr schnell, streng korrekt. Bei den Kapital- und Finanzgewaltigen, die niemand genau kontrollieren kann, obwohl die Spaziergänger von den Dächern pfeifen, lägt man sich Zeit.

Bei der Steueraufkontrolle geht es wie bei den Nebenbeschäftigungen der Erwerbslosen. So werden die Bürgermeisterämter der ländlichen Arbeitsnachweisstellen zur schärfsten Kontrolle der Erwerbslosen, die gelegentlich auf dem Felde und bei der Ernte tätig sind, aufgefordert. Erwerbslose als Doppelverdiener! Gräßlich! Wo es bei der Doppelverdiener in die hunderttausend Mark geht, begnügt sich das Ministerium mit moralischen Ermahungen, wo es sich nur um Pfennige handelt, wird erbarmungslos zugegriffen.

### Der „Geschäftsrausch“ der Beamten-Spielenorganisationen“ gesprengt!

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hatte am 8. Juli innerhalb des Geschäftsrausches der Beamten-Spielenorganisationen eine Aktion für die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die Beamten eingeleitet. Der Deutsche Beamtenbund hat diese Angelegenheit ausgegriffen und außerhalb des gemeinsamen Ausschusses der Spielenorganisationen separat mit den Regierungsstellen zu erledigen verucht. Darauf ist ihm am 4. Oktober vom Reichsfinanzministerium eine Abfrage zugegangen, auch namens der Länderregierungen und der Kanzlerverwaltung der Reichsbahn. Nachdem dies geschehen war hat der Deutsche Beamtenbund wieder den Weg zum Geschäftsrausch der Beamten-Spielenorganisationen gesunden und hatte nunmehr die Absicht, dort die Angelegenheit am 18. Oktober erneut zur Verhandlung zu stellen.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat dieses Verhalten des Deutschen Beamtenbundes zum Anlass genommen, zu erklären, dass der Allgemeine Deutsche Beamtenbund auf eine weitere Mitarbeit in dem bisherigen Geschäftsrausch der Beamtenorganisationen keinen Wert mehr legt, was jedoch seine Bereitwilligkeit nicht ausschließt, „gemeinnützige Fragen der Beamteninteresse bei geeigneten Anlässen gemeinsam mit den übrigen Beamtenorganisationen zu behandeln“. Der ADB stellt fest, dass das Verhalten des DBB, von der Kanzlei dictiert war, einen in der Wohnungsgeldzuschuss-Angelegenheit etwa zu erreichen Erfolg als einen speziellen Erfolg des DBB ausgedehnen zu können. Erst nachdem der DBB die Abfrage der Regierung empfing, verucht er nunmehr wieder, an dem Erfolg auch die übrigen Organisationen zu beteiligen.

Der ADB hat nun seinerseits eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, durch die er eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses um 20 Prozent der Tariflöhne anzubauen verucht, und gleichzeitig die Frage eines Ausgleichs für diejenigen Beamten aufwirft, die in teuren Neubauwohnungen zu wohnen gezwungen sind.

### Gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung in der Sowjetunion.

Nach den Angaben des „Trud“ vom 1. Oktober haben die Gewerkschaften der Sowjetunion im Laufe des Jahres 1925 756000 Rubel für die Arbeitslosenunterstützung verausgabt. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen erreichte, nach den Angaben von Steinthal, zum 1. Oktober 1925, 1182500 („Trud“ vom 30. September); nach anderen Angaben war allerdings diese Zahl zu Beginn des Jahres etwas niedriger und hat erst gegen Ende des Jahres eine Million überschritten, obgleich sie auch das ganze Jahr hindurch nicht weit hinter einer Million zurückblieb („Statistica Truda“ 1926, Nr. 3). Die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung betrug demnach im Jahre 1925 etwa 8–9 Rubel (17 bis 19 Mark) für jedes arbeitslose Gewerkschaftsmitglied.

Man vergleiche diese Zahlen mit den Beträgen für die Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gewerkschaften: nach

den Angaben des Jahrbuches des ADGB, zählten die dem ADGB angehörenden Gewerkschaften im Jahre 1925 durchschnittlich 4150500 Mitglieder, die im Durchschnitt 6,75 v. H. d. h. etwa 281000 Arbeitslose, in ihren Reihen hatten. Von den dem ADGB angehörenden Gewerkschaften wurden im Laufe des Jahres 1412700 Mark für Arbeitslose (und Reise) Unterstützung verausgabt, d. h. etwa 53 Mark für jedes arbeitslose Gewerkschaftsmitglied. Es sei nebenbei bemerkt, dass die deutschen Gewerkschaften weitere 1413000 Mark für Krankenunterstützung verausgabt haben, die als solche von den russischen Gewerkschaften nicht gewährt wird und zum Teil der deutschen Arbeitslosenunterstützung entspricht, abgesehen von weiteren 2965000 Mark, die die deutschen Gewerkschaften als Streik- und Maßregelungsunterstützung ausgezahlt haben, von der man in Russland ebenfalls so gut wie gar nichts weiß.

### Frauenberufssarbeit in Amerika.

Das Frauenbureau der Bundesarbeitsabteilung der Vereinigten Staaten hat eine Schrift mit Untersuchungen darüber veröffentlicht, wie die modernen Fortschritte der Technik und Wissenschaft die Frauenarbeit beeinflusst haben. Bei den Untersuchungen wird bis auf das Jahr 1820 zurückgegangen. Bekanntlich war im Beginn des Fabrikystems die Frauen- und Kinderarbeit nicht gesetzlich geschützt. Das erste Schutzgesetz, das in England erlassen wurde, stammt aus dem Jahre 1833. So wurden die billig arbeitenden Frauen und Kinder ganz besonders ausgenutzt. In den Garnspinnereien arbeiteten in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts siebenmal so viel Frauen und Kinder wie Männer. Später fanden viele dieser Frauen lohnendere Beschäftigung und es mussten statt ihrer Männer eingestellt werden. In der Neuzeit hat besonders die Erfindung für Glühstricke für die verschiedenen Beleuchtungsarten vielen Frauen Beschäftigung gegeben. 80 Prozent der in dieser Industrie arbeitenden Personen sollen Frauen sein. Bei den Kurzschiff- und Maschinenschreinern macht die Beteiligung der Frauen, die über eine halbe Million beträgt, sogar mehr als 90 Prozent aus. Die Gesamtzahl der in der Industrie arbeitenden Frauen ist seit dem Jahre 1850 um 194 Prozent gestiegen, die der arbeitenden Männer dagegen um 580 Prozent. In der Papierindustrie ist der Prozentsatz der arbeitenden Frauen von 43,5 im Jahr 1850 auf 8,9 im Jahre 1919 zurückgegangen. Die heute weit verbreitete Mode des Tragens von Kunsstoffen hat eine vermehrte Einführung von Frauen zur Folge gehabt. 1924 arbeiteten 7000 Frauen in der Kunststoffindustrie. Das Fernsprechwesen wird auch in Amerika, wie es ja bereits in Berlin und an anderen deutschen Orten der Fall ist, auf selbsttätige Schaltungen umgestellt, so dass die Zahl der Telefonistinnen erheblich vermindernt.

### 17 Stunden tägliche Arbeitszeit!

Der Zentralverband der Fleischer teilt uns mit: Es vor einigen Tagen konnte man in der „Volkswoche“ von einer Gerichtsverhandlung lesen, in welcher der Fleischhermeister Weiber bestraft wurde, weil er seine Gesellen bis 16 Stunden täglich arbeiten ließ. Solche Fälle sind leider nicht vereinzelt, trotz großer Arbeitslosigkeit im Fleischergewerbe.

Wir haben jetzt festgestellt, dass der Lehrling des Breslauer

Fleischhermeisters Admann, Leuthenstraße 19, täglich bis zu

17 Stunden beschäftigt wird. Diese Ausbeutung verdächtige Arbeitskraft nennt denn die Fleischhermeister

„Tages- und Frischungsverhältnis.“

Wir können aber noch mehr derartiger Fälle feststellen, wie zum Beispiel werden die Gesellen und Verkäuferinnen der Firma

Bamberger, Mathiasstraße (Turmstraße am Ring), bis

15 Stunden beschäftigt. Desgleichen die Verkäufer und das

Lehrmädchen der Firmen Bittner und Schubert in ihren

Wurstbuden auf dem Ring.

Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft sind erstattet.

Die Verhandlungen der Spartenorganisationen der Gewerkschaften zur Schaffung eines Notchekes zur Wiederherstellung des Abiturdienstes und zur Beseitigung des Lehrstandortwunsches werden erst im Laufe der nächsten Woche ihren Abschluss finden.

Im bananischen Kohlenbergbau haben die Vertreter der Gewerkschaften den Lohntarif zum 1. November getilgt. Die Förderung der Arbeitnehmer geht nach einer dreimonatigen Lohn erhöhung. Mitte nächster Woche sollen unter Vorsitz des Landeschäfchters Einigungsverhandlungen beginnen.

Der amerikanische Metallarbeiterverband mit 500000 Mitgliedern hat den Anschluss an den Internationalen Metallarbeiterverband beschlossen.

Der Beamtenabbau in der Sowjetunion. In den letzten Wochen wurde eine neue Abbauleitung in den staatlichen Institutionen der Sowjetunion durchgeführt; es wurden insgesamt 132 vom Hundert aller Angestellten abgebaut. Unter den Zentralbehörden wirkte sich der Abbau besonders stark in dem Obersten Volkswirtschaftsrat (23 vom Hundert) im Volkskommissariat des Außenhandels (18,8 vom Hundert) und im Volkskommissariat der Finanzen (12,1 vom Hundert) aus. Bei den örtlichen Behörden wurde der Abbau in noch größerem Ausmaße durchgeführt; auch hier stehen die Organe des Obersten Volkswirtschaftsrates mit 10 vom Hundert abgebauten Angestellten an erster Stelle („Trud“ vom 26. September.)

## Wirtschaft.

### Dr. Schacht über die Reichsbank-Politik.

Am Donnerstag nachmittags legte der Reichsbankpräsident Dr. Schacht im Ausdruck für Geld- und Kreditweisen der Wirtschaftszeitung eine, der unter Vorbehalt unseres Genossen Hilferding sagt, die Grundzüge der Reichsbankpolitik dar. Am Anfang seiner Rede wandte sich Dr. Schacht gegen die Angriffe gegen die Goldpolitik der Reichsbank. Die starke Einführung von Gold und die Lagerung von Gold in der Reichsbank selbst habe auch er nicht für einen Idealzustand. Er bezeichnete diesen Zustand aber immer noch für besser, als wenn die Reichsbank Devisen-Guthaben bei einer amerikanischen Bank unterhält. Im übrigen ist für ihn die Goldwährung bzw. die Goldernwährung eine unbedingte Notwendigkeit. Die sogenannte Chartaltheorie, welche eine Geldhypothek ohne Gold propagiert kann nach Schacht für den binnennationalen Zahlungsverkehr von größter Bedeutung werden. Ihre internationale Anwendung sei aber unmöglich, so lange die Wirtschaftsländer der ganzen Welt keinen geschlossenen Wirtschaftsstaat bilden.

Recht interessant wurden dann Schachts Ausführungen über die bekannte Politik der Reichsbank, die auf eine Konzentration in der Bewirtschaftung der öffentlichen Gelder hinausläuft. Schacht bewies die Notwendigkeit einer solchen zentralen Bewirtschaftung, weil es sich bei dem Gelde der Post, Eisenbahn usw. zugutelebt, um staatliche Gelder handle und weil alles aufgeboten werden müsse, um die Vorfälle, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben (Finanzklandale) zu vermeiden. Nach Darlegung des Reichsbankpräsidenten hat sich bezüglich der Bewirtschaftung der überschüssigen Summen das Verhältnis zwischen Reichsbank und Post geändert. Dagegen liegen die Dinge bei der Reichsbank sehr im gegen; vielleicht haben sich dort die Dinge unerträglich entwickelt, als Dr. Schacht vor dem Enquêteausschuss zugab. Es verloht sich nur, um die bestehenden Verhältnisse zu kennzeichnen, einen Fall anzuführen. Die Reichsbank lädt bekanntlich ihre Gelder durch ein besonderes Gesellschaft, die Reichsverkehrskreditbank, verwahren. Es ist offenes Geheimnis, dass sich die Verkehrskreditbank dabei durchaus von erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten lässt. Am schönsten aber ist die Begründung, die der Leiter der Verkehrskreditbank, ein gewisser Herr v. Schinkel, für diese Grundzüge der Bewirtschaftung von Reichsgeldern vorbringt. Schinkel hat nämlich die Rechtheit beileiben, öffentlich auszu sprechen, dass die Reichsbank zur Verwaltung der Reichsbankgelder ungeeignet sei, weil sie unter ausländischen Einfluss stehe. In heftiger Erregung wies Dr. Schacht diesen Vorwurf zurück. — Im weiteren ging der Reichsbankpräsident auf die Auslandskredite, vor deren Überspannung er warnte, und auf das Transferproblem ein.

### Der Arbeitsmarkt in Schlesien.

In der Berichtswoche sank in der Provinz Niederschlesien die Zahl der Arbeitsuchenden von 83802 auf 82113, die der Erwerbslosenunterstützungsempfänger von 51297 auf 49602. Aber auch die Zahl der gemeldeten offenen Stellen war rückläufig und sank von 4754 auf 4262. In der Stadt Breslau stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von 43310 auf 43453, die der Erwerbslosenunterstützungsempfänger sank von 23291 auf 23246. Der Rückgang ist vornehmlich auf die Einstellung von Arbeitskräften in den Zuckerraffinerien zurückzuführen. Im Vorjahr betrug die Zahl der Arbeitsuchenden in der Provinz Niederschlesien am 14. Oktober 22921.

In der Landwirtschaft nimmt die Zahl derstellenden Landarbeiterfamilien mit und ohne Hofsanger stark zu. Die Vermittlung ist rege. Im übrigen ist der Bedarf sowohl an Helferkräften für die Haushalte als auch an ständigen Arbeitskräften zurückgegangen. Trotzdem konnte der Nachfrage nach jüngeren männlichen und weiblichen gelehrten Arbeitskräften nicht entsprochen werden. An Schweißern und Gärtnern ist Ueberangebot vorhanden. In der Forstwirtschaft wurden im Sprottauer Bezirk vereinzelt Einstellungen zu Holzfällern sowie Kulturarbeiten vorgenommen.

Der Steinholzbergbau zeigte sich im Niederschlesischen Gebiet weiter aufnahmefähig. Im Landeshauer Bezirk stellte eine Grube eine Anzahl Schlepper ein. Im Schönauer Bezirk wurde ein Erzbergwerk wieder in Betrieb gebracht und eine geringe Anzahl Arbeitskräfte dorthin vermittelt.

In der Industrie der Steine und Erden wird aus der Ziegelerindustrie in einer Reihe von Bezirken neue Entlastungen und Stilllegungen berichtet. Im Saarauer Bezirk konnten ein Kalkwerk eine Anzahl Arbeitskräfte neu einstellen.

In der Metallindustrie ist die Arbeitsmarktlage weiterhin sehr schwankend. Über eine geringe Besserung wird

aus dem Waldenburger Bezirk berichtet. Dagegen fanden in Breslau, Liegnitz, Görlitz und Bautzen weitere Entlassungen von Fachkräften statt. Auch in der Sprottauer Eisenindustrie wird in stärkerem Maße als bisher verkürzt gearbeitet. Ebenso wurden in Schweidnitz Entlassungen von Kesselschmieden beobachtet.

Im Spinnereigewerbe war bis auf Grünberg, wo von dem dem Werk der Tuchindustrie wieder Kurzarbeit seit dem 14. Oktober (30 Stunden in der Woche) gemeldet wird, eine geringe Besserung der Arbeitsmarktlage zu beobachten; so in Bautzen und Waldenburg, wo die Webereien sich weiter aufnahmefähig zeigten. In Görlitz besteht Nachfrage nach ausgebildeten Strickerinnen. Auch der Laubaner Bezirk hatte Bedarf an geübten Webereinnen und Hohlaumnäherinnen für die Tuchentzündungsindustrie. In Reichenbach hob sich die Vermittlungsfähigkeit für die Spinnereifabriken. In Görlitz und Spinnerei eine Anzahl Arbeitskräfte neu eingestellt. Auch Landeshauer Spinnereifabrik hatte Bedarf an Webereiwebereiinnen und Tagesschwestern. Die Sprottauer Strumpffabrik stellte Strickerinnen neu ein.

Im Holz- und Schnittholzgewerbe fanden einige Vermittlungen in Lauban statt. Dagegen nahm in Breslau die Erwerbslosigkeit in der Holzindustrie, insbesondere bei den Baustoffen, erheblich zu.

Im Nahungsgewerbe hatten namentlich die Zuckerraffinerien stärkeren Bedarf an Arbeitskräften. Die Einstellung von solchen führte in einigen Bezirken zu einer wesentlichen Herabminderung der Zahl der Erwerbslosen.

Im Bekleidungsgewerbe konnte eine Handschuhfabrik in Brieg weitere Arbeitskräfte einstellen. Auch in der Breslauer Konfektionsindustrie ist eine weitere, wenn auch nur eine geringe Besserung der Arbeitsmarktlage feststellbar.

Das Baumgewerbe forderte noch Kräfte an, wenngleich die Zahl der Arbeitssuchenden im allgemeinen sich erhöhte. In Breslau wurden Ofenfeuer gelöscht. Ebenso bestand gewisse Nachfrage nach Steinzeugern und Fliesenlegern.

Nach Hausangestellt war die Nachfrage gering. Verlangt werden gut empfohlene Kräfte.

### Weshalb ist die englische Eisenindustrie dem Eisenkartell nicht beigetreten?

Für das Aufzubleiben der englischen Schwerindustrie vom internationalen Eisenkartell werden verschieden Erklärungen gegeben. Man beruft sich auf die „individualistische“ Gestaltung der englischen Unternehmen, die sie von Zusammenschlüssen in Kartelle zurückhält. Indessen nehmen die englischen Unternehmen an Hunderten von laufenden von inländischen Kartellen teil. In der Nachkriegszeit mache die Kartellbewegung in England größere Fortschritte als — mit Ausnahme Deutschlands — in irgend einem anderen Lande, ja, es beteiligt sich die englische Industrie auch an verschiedenen internationalen Kartellen, wie an das jüngst gegründete internationale Schienenkartell, Diamantkartell usw. Ein weiteres Argument ist, dass in England für die Schwerindustrie noch keine großen umfassenden Kartelle wie in Deutschland vorhanden sind, welche die Grundlage für das internationale Kartell bilden könnten. Auch dies ist kein durchdringendes Argument; war doch in Frankreich ebenfalls keine umfassende nationale Kartellorganisation vorhanden — das Comité des Forges kann nicht als solches betrachtet werden — noch weniger aber in Belgien. Man wird vielleicht nicht fühlgen, wenn man einen wichtigen Grund für die Zurückhaltung der englischen Schwerindustrie darin erblickt, dass sie gern die Vorteile des internationalen Kartells ausnutzen möchte, ohne dafür Opfer zu bringen. Dies ist ihr in der Tat weitgehend möglich. Das Internationale Kartell wird die Ausfuhrpreise in die Höhe bringen muss aber diesen Gewinn mit einer Einschränkung der Produktion erzielen. Die englische Schwerindustrie hofft nun von den durch das Kartell erhöhten Weltmarktpreisen profitieren zu können ohne dass sie ihre eigene Produktion einkürzen braucht. Die englische Industrie kennt ja die Möglichkeit aus ihren Erfahrungen in der Gummirindustrie. Dort war sie aber die leidtragende Partei, während die Nutznießer der von der englischen Industrie durchgeföhrten Produktionseinkürzung die holländischen Plantagenbetreiber waren. Jetzt möchte die englische Schwerindustrie für sich ähnliche Vorteile haben, wie das holländische Gummikartell durch die englische Produktionseinkürzung.

**Vergesst nicht, für Eure Dorfer und für Eure Dörfer zu werben!**

# Arbeiterschaft und Konsumgenossenschaft.

Die Arbeiterschaft bewegt sich auf drei Säulen: die eine Säule bildet die politische Bewegung, verkörpert in der Sozialdemokratischen Partei, eine zweite die freigewerkschaftliche Organisationsaktion der Angestellten, Arbeiter und Beamten, die dritte die genossenschaftlichen Organisationen. Diese drei Körperschaften arbeiten bewusst darauf hin, die heutige privatkapitalistische Wirtschaftswelt in die Gemeinwirtschaft umzustellen. Eine nicht unwichtige Rolle spielen hierbei die Konsumvereine. So haben deshalb schon frühzeitig sowohl die Sozialdemokratie als auch die gewerkschaftlichen Organisationen sich für Beteiligung an den Konsumgenossenschaften ausgesprochen.

Die gegenwärtig hochentwickelte Wirtschaftswelt ist die auf Profitstreben beruhende.

## Produktion für den Markt.

die den Arbeiter trennt von den Arbeitsmitteln und Arbeitsprodukten und ihm nur einen Teil des Arbeitsvertrages zulässt, um demnach die Produktion für den offenen Markt erfordert zeitweilige Hochspannung der Arbeitskraft und hat Vorratsproduktion zur Folge. Ist der Markt mit Waren überfüllt und fühlt genügend Kaufkraft der breiten Schichten des Volkes, so tritt Wirtschaftskrieg und damit Entlassungen der Arbeitskraft ein. Arbeitslosigkeit, Krisen sind die Folge dieser privatkapitalistischen Wirtschaft.

Die Konsumgenossenschaften arbeiten nicht für den Markt, sondern für den Bedarf.

Auf der Grundlage des organisierten Konsums bauen die Konsumgenossenschaften die Produktion auf. In der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft wird es deshalb auch keine Krisen im heutigen Sinne geben. Hochkonjunktur und wirtschaftlicher Niedergang sind Ergebnisse der privatkapitalistischen Wirtschaftswelt. Diese zu bekämpfen, muß Aufgabe der Arbeiterschaft sein.

Die Arbeiter in den Genossenschaftsbetrieben sind nicht, wie in den privatkapitalistischen, losgelöst von den Arbeitsmitteln und Arbeitsprodukten, denn sie sind ja Mitglieder der Konsumgenossenschaft und damit Besitzer der der Genossenschaft gehörenden Produktionsmittel. Je mehr die Angestellten, Arbeiter und Beamten den Ruf ihrer Parlamente beherren, um so mehr Produktionsmittel können der privatkapitalistischen Wirtschaft entzogen werden. Diese der privatkapitalistischen Wirtschaft entzogenen Produktionsmittel können nicht mehr zur Ausweitung des Menschen durch den Menschen benötigt werden.

Die Konsumvereine haben sich zum Feind ihrer Gegner und auch noch dieser heftigster Schikanen, namentlich in der Kriegszeit, durchgesetzt. Dem Zentralverband deutscher Konsumvereine sind

heute 1100 Konsumvereine mit 3382 000 Mitgliedern

angeschlossen. Es dürfen somit, da in der Regel jedes Mitglied eine Familie vertritt, circa 17 Millionen Menschen von der konsumgenossenschaftlichen Organisation erspart sein. Die Wareneinspeisung sowohl als die Warenerstellung liegt in den Händen der örtlichen Konsumvereine und der Großankaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine. Die letztere verfügt zur Zeit über 39 Produktionsbetriebe, in denen 3000 Arbeiter beschäftigt werden. In den Handels- und Produktionsbetrieben der GdK werden 4527 Personen beschäftigt. Die Produkte der Großankaufsgesellschaft sind in den Abgabestellen des Konsumvereins "Vorwärts" zu haben. Neben diesen 39 vorhandenen Produktionsbetrieben hat die Großankaufsgesellschaft für die nächsten Jahre circa 25 Millionen Mark bereitgestellt, um Handels- und Produktionsstätten neu zu errichten bzw. auszubauen. Die Betriebe der GdK erfreuen sich eines steeten Nachstums, und es ist anzunehmen, daß im Laufe der nächsten Jahre diese Betriebe noch weiter ausgeweitet werden und weitere Millionen zum Ausbau zur Verfügung gestellt werden müssen.

Der Konsum- und Sparverein "Vorwärts" hatte im letzten Geschäftsjahr einen Umsatz von circa drei Millionen Mark bei einer Mitgliederzahl von rund 11 600. In 50 Lebensmittel-Bereitstellungsstellen, neben je einem Spezialgeschäft für Bekleidung und Schuhwaren können die Mitglieder ihren Bedarf decken. Eine moderne und saubere eigene Großbäckerei versorgt die Mitglieder

mit gutem und preiswertem Brot. Aus der Gründung des letzten Geschäftsjahrs ließen 112 000 Mark in die Läden der Mitglieder zurück. In der Privatwirtschaft wäre dieser Betrag Eigentum der Kapitalisten. Was könnte dieses Unternehmen gerade in der Kapitalistischen Welt so schwierigen Wirtschaftslage für die kleinen Verbraucher nicht noch alles tun, wenn das Gros der Verbraucher, namentlich aber die Arbeiter, Angestellten und Beamten, ihn als laufendes Mitglied angehören.

Die Arbeitersfrau, die den sorgten Lohn ihres Mannes verdient, um beim Privatkapitalisten Ware einzukaufen, übermittelt damit das Geld wiederum der Privatwirtschaft. Verwendet sie es zum Einkauf in der Genossenschaft, so kommt sie den Kreislauf in der privatkapitalistischen Wirtschaft und

## verbert die genossenschaftliche Organisation

Auf der Grundlage des organisierten Konsums bauen die Genossenschaften ihre Eigenproduktion auf. Je mehr die Mitgliederfrauen der Leitung einer Genossenschaft die Möglichkeit geben, einen großen Verbrauch dieser und jener Waren festzustellen, desto mehr wird zur Eigenproduktion übergegangen; der privatkapitalistischen Wirtschaft werden Produktionsstätten und Produktionsmittel entzogen. Die Spargroschen der Arbeiterfamilie gehören in die Kasse des "Vorwärts". 700 000 Mark löschen Gelder verwaltet unsere Konsumgenossenschaft für ihre Mitglieder. Auch diese Gelder sind der privatkapitalistischen Wirtschaft entzogen und der Gemeinwirtschaft zur Verfügung gestellt.

Wenn wir nach der Taugenichtsstraße gehen und dort die Betriebsanlagen des "Vorwärts" besichtigen, so erkennen wir in diesen Anlagen wahre proletarische Kraft und Stärke. Diese Anlagen sollen in den nächsten Jahren noch wesentlich erweitert werden. Wenn wir nach anderen Städten jahren und dort genossenschaftliche Einrichtungen sehen, so dienen die dortigen Betriebsanlagen den gleichen Zielen, sie sind geprägt von gleichmässigen, gleichfühlenden Angestellten, Arbeitern und Beamten. Dies sind auch die Städte, die wir, die gegenwärtige Generation, späteren Generationen übertragen, die sie von uns erhalten. Wir waren nicht in der Lage, von unseren Vorfahren soviel Erbe anzutreten. Unsere Nachkommen sollen bessere Verhältnisse vorfinden, als wir sie ererbt haben, deshalb gilt unsere Gegenwartsetat nicht nur uns, sondern auch der kommenden Generation.

Die Konsumgenossenschaftlichen Organisationen sind auch diesejenigen Stellen, in denen wir Wirtschaftsführer heranführen können. Es darf die Arbeiterschaft mit besonderem Stolz erfüllen, wenn sie hört, daß die Führung der Geschäfte innerhalb der konsumgenossenschaftlichen Organisationen in ihrer Sozial- und in ihrer sozialmännischen Richtigkeit sich vor seinem privatkapitalistischen Betrieb zu verborgen braucht. Das in den konsumgenossenschaftlichen Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse anders geregelt, das Zusammenarbeiten zwischen Geschäftsführung und Angestellten und Arbeitern ein harmonisches ist, als in der Privatwirtschaft, ist selbstverständlich. Trotz weitgehender Demokratie herrscht in der Ausführung, in der Erledigung der Arbeit eine Erfährtlichkeit, an der sich mancher Privatbetrieb ein Beispiel nehmen dürfte. Das Beispiel einer gemeinsamen Sache zu dienen, spricht an zur gemeinsamen Arbeit. Ihr Ziel ist, die sozialistische Wirtschaft zu herstellen. Das die Konsumvereine bei dieser Umgestaltung der Wirtschaft eine herausragende Rolle spielen, hat kein Geringerer als Karl Rautschny schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in seiner Broschüre „Konsumvereine und Arbeiterschaft“ vorausgefragt. Er schreibt dort u. a.:

"Früher oder später ist in jedem Lande die Genossenschaftsbewegung berufen, eine nicht unwichtige Rolle im Emancipationskampf der Arbeiterschaft zu spielen. Und was ist denn das Bild, welches wir uns von der sozialistischen Gesellschaft entwerfen, anderes, als das einer ungeheuren Konsumgenossenschaft, die gleichzeitig eine Produktionsgenossenschaft ist, deren Betriebe für den Konsum ihrer Mitglieder produzieren."

Diese Mahnungen der Arbeiterschaft und ihrer Führer den Persönlichkeiten müssen von der Arbeiterschaft befolgt werden, wenn sie Herr ihrer selbst, frei werden will vom kapitalistischen Joch!

## Aus Schlesien.

### Die Umgemeindung in Oberschlesien.

Der Gemeindeausschuß des Preußischen Landtages lehnte am Donnerstag gegen die Stimmen von Sozialdemokraten und Kommunisten die Eingemeindung von Sosnowitz und Biszupitz nach Hindenburg ab und beschloß mit 19 gegen 8 Stimmen die Eingemeindung von Sosnowitz nach Gleiwitz und des Verhältnisses von Biszupitz beim Landkreis Beuthen, mit Ausnahme der Ludwigsgrube, die nach Hindenburg kommen soll.

Zum Urteil im oberschlesischen Volksbund-Prozeß ist zu berichten, daß auch der Angeklagte Wilhelm Gauster aus Königshütte keine Zuchtausstrafe, sondern ebenso wie die anderen Festungshäfen enthielt. Auf das negative Ergebnis der Beweisaufnahme, die aus solche Strafen nicht rechtfertigt, haben wir bereits hingewiesen.

## Dem Landbund geht's schlecht.

und die kleinen Handwerker sollen bezahlen.

Einen verdienten Reinfall erlebte die Landbund-Genossenschaft, Alten-Gesellschaft, wieder einmal. Ein kleiner Landwirt in Pfaffendorf, dessen politische Ansichten den Landesherrn Broch im Verbund schon lange ein Dorn im Auge waren, hatte im Jahre 1922 rechtzeitig gekündigt. Als dann der Landbund in die bekannten Geldschwierigkeiten kam, da schien ihm das Geld des Sozialdemokraten gerade wieder gut genug, um die Rienkefehlste mit dieser zu helfen. Auf einmal verlangte man Anfang 1928 für die zurückliegende Zeit bis 1922 von ihm, wie ja auch von einer großen Anzahl Landwirte in ähnlicher Lage, die Nachzahlung der Beiträge. In fünf Terminten kam die Klage des Landbundes zur Verhandlung und von Tercia am Termin wurde es immer klarer, daß in den Säcken der Rückerstattung ein tolles Durcheinander herrschte, wie der Richter erklärte. Dementprechend wurde auch der Antrag der Klägerin abgewiesen. Die Mitglieder haben nun das Recht, die nicht unerheblichen Gerichtskosten zu bezahlen, die ja überwiegend dieser Posten einen großen Teil der Beiträge in den letzten Jahren aufwirkt. Hoffentlich stehen jetzt die letzten Landwirte hier die Kosten rügen.

Ergebnis mag hier gleich noch sein, daß die kommunalpolitische Belegschaft und Abgeordneten, Alten-Gesellschaft, nun schon 700 Mark Nachzahlung pro Anteil verlangt. Das war zwei Jahren hätte man die Genossen mit 30 Mark Nachzahlung vor großen Verlusten retten können. Aber genüge herren verhinderten die damals noch möglich gewesene Sanierung. Wer haben die kleinen Landwirte immer und immer wieder in den letzten beiden Jahren genutzt und Ihnen geholfen, daß man ihnen 1000 Mark pro Anteil aus der Tasche ziehen möchte? Schreibt als mir jetzt passiert, scheint ja nicht nur einen kleinen Zeuge ausgesparnkte Prozedere zu bestimmen. Da ich nun einfach ein paar mittleren Beispiele in der Genossenschaft haben werden, die dem Treiben nicht passen, und ob nun endlich Schlag mit der Genossenschaft kommt wird? Ganz wird noch nicht 1000 Mark, sondern das

häufigste Russischer Anton Stoll, der auch Resina heißen soll, hatte von seinem Herrn Pferd und Wagen ausgeliehen, um sich angedacht von hier seine Sachen abzuholen. Er ist nicht zurückgekehrt und durfte versuchen, Pferd und Wagen zu verkaufen, um sich Geld zu verschaffen.

**Görlitz.** Gasvergiftung. Am Dienstag nachmittag erlitt ein junger lediger Mann eine Gasvergiftung. Er hatte sich keinen Kaffee gewärmt, und danach vergessen, den Gasbahn zu schließen. Durch das ausströmende Gas wurde er bewußtlos. Der Unfall wurde jedoch gleich bemerkt, und mit Hilfe des Sauerstoffapparates konnte der junge Mann gerettet werden.

**Hirschberg.** Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung hält seine Begräbnisversammlung in der "Alten Hoffnung" ab. Mitglied Ströhle hält einen Vortrag über "Staat und Kirche." Eine rege Ausprache schloss sich an. Die Mitgliederzahl des Vereins betrug am Schluß des dritten Quartals 826. Auch in den umliegenden Dörfern sollen zukünftig Mitgliederversammlungen stattfinden, damit die auswärtigen Mitglieder auf ihre Rechnung kommen.

**Wunsiedel.** Bei Lähn. Der wilde Bulla. Als vor einigen Tagen das Vieh des Stellenbehördes T. auf die Weide getrieben wurde, stieß ein Bulla, der sich bis dahin nie böigartig gezeigt hatte, die Tochter des T. plötzlich zur Erde und bearbeitete sie mit den Hufen und Hörnern, so daß die Tochter erhebliche Verlebungen erlitt. Zum Glück war Hilfe in der Nähe, so daß das plötzlich wütend gewordene Tier von seinem Opfer entfernt werden konnte.

**Mühlhausen.** Auf den Zaun gesessen. Die Tochter Anna des Gartenbehördes Heinrich Prox war im Garten mit dem Auflesen von Apfeln beschäftigt. Als sie auf einen Stöbel Brett stieg, geriet dieser ins Schwanken, so daß das Mädchen aus einem Zaun fiel, dabei drang ihm die Spitze einer Latte in den Leib. Der Arzt stellte eine Verlegung der Leibdecke sowie eines Blutgefäßes fest.

**Agl. Neudorf.** Die Dynamitpatrone im Kartoffelsauerkraut. Drei Jungen aus der Gemeinde spielten auf dem Felde beim Kartoffelsauerkraut. Plötzlich warf einer eine Dynamitpatrone, die er angeschauten, gefunden hatte, in das Feuer. Eine furchtbare Explosion folgte. Dem Knaben Richard Schwier, Sohn eines Arbeiters von der Johannesstraße, wurden hierbei die Finger einer Hand abgerissen. Die beiden anderen Kinder kamen mit leichteren Verlebungen davon.

**Kattowitz.** Mit der Dienstpistole erschossen. Am benachbarten Dorfe Kempa sollte sich der etwa 22jährige Schlosser Emil Bischka, der bei den Teichen der Herzoglichen Verwaltung die Nachtwache gehalten hatte, von dem Wirtschaftsassistenten Schoppa abgelöst werden. Hierbei hantierte Schoppa unvorsichtig mit der Dienstpistole, daß sie einschlug. Der Schuß drang dem Eisbach in den Unterleib, so daß er schwerverletzt zusammenbrach. Der Angeschossene wurde von der Kattower Sanitätskolonne nach dem städtischen Krankenhaus gebracht, wo er nach vier Stunden, obwohl man sich bemühte, durch neue Blutzufuhr den großen Verlust zu ersetzen, verstarb.

## Breslau (Land)-Neumarkt.

**Klettendorf.** Sozialistische Arbeiter-Jugend. Unsere nächste Zusammenkunft ist Sonntag, den 24. Oktober, abends 6 Uhr, in der Evangelischen Schule in Klettendorf. Gäste aus Hartlich, Krieter und Oppera sind herzlich willkommen.

**Dawig.** Aus der Partei. Am letzten Mittwoch wurde in der Volkshalle unsere Mitgliederversammlung abgehalten. Das Referat des Genossen Janke "Warum fordert die Partei zu intensiver Werbearbeit auf?" war eine scharfe Abrechnung mit der heutigen Gesellschaftsordnung und ihren Verfechtern. Ganz besonders verurteilte er das Verhalten der Kriegsheizer, die für gewonnen, trotz des als Folge des Weltkrieges immer noch herrschenden furchtbaren Elends die arbeitenden Massen schon wieder in ein neues Blutbad trullen zu können. Obwohl unsere Partei im Reichstage eine Minderheit darstellt, hat sie doch in den letzten Jahren immer wieder versucht, wenigstens die schlimmsten Belastungen des Proletariats abzuwenden. Und wenn wir auch keinen Grund haben, mit dem Erreichern zufrieden zu sein, so ist es doch angistics des bevorstehenden harren Winters Pflicht eines jeden, die Partei zu stärken, damit dem arbeitenden Volke das Fürchterliche erwart bleibt, der Bürgerkrieg, der uns schwerlich wieder die Möglichkeit zu neuem Aufstieg bietet. Sorgen wir also dafür, daß es, wenn wir es auch nicht mehr erreichen sollten, wenigstens einmal für unsere Kinder und Kindesländer anders wird, damit uns dann der schwere Kriegsfall erwart bleibt, auch an ihrem Elend schuld zu sein, weil wir es unterlassen haben, den finsternen Mächten der Reaktion entgegenzutreten. Der folgende Beifall bewies, daß der Redner den Zuhörern aus dem Herzen geprägt hatte. In der Diskussion ermahnte Genosse Krüger uns besonders unsere Funktionäre, sich fleißig an den Konferenzen und Bildungsveranstaltungen unserer Partei zu beteiligen, denn gerade dadurch, daß es uns nach der Revolution an der genügenden Anzahl gebildeter Kräfte mangelt, war es uns nicht möglich, die leitenden Stellen in Staat und Verwaltung zu besetzen. Unter Punkt Verdienstes betonte Genosse Janke nach vorhergegangener, lebhafter Ausprache, daß in dieser schweren Zeit Partei und Reichsbanner die Pflicht haben, harmonisch miteinander zu arbeiten. Zu unserer nächsten Monatsversammlung, die nun, anstatt bisher um 8 Uhr, um 7 Uhr stattfindet, soll versucht werden, einen Referenten über Erwerbslosenfragen zu gewinnen.

**Dörfenthal.** Lichthilder-Beratung. Sonntag, den 24. Oktober, abends 7 Uhr, findet in der neu renovierten Volkshalle eine Lichthilder-Beratung statt, zu der alle Männer und Frauen herzlich eingeladen sind. Zur Vorführung gelangen: "Mit Goethe Kos durch Zentral-Asien" und "Die deutsche Reichsverfassung". Infolge des niedrigen Eintrittspreises von nur 15 Pf. ist auch jedem Jugendlichen die Teilnahme ermöglicht.

**Hirschberg.** Arbeiter-Radfahrerverein. Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr, findet im Vereinslokal bei Taube unsere diesjährige Generalversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, daran teilzunehmen. Anschließend gemütliches Beisammensein.

**Steine.** (Banner Herrmann). Sonnabend, 30. Oktober; Monatsappell.

**Reichenbach.** Ortsverein. Sonnabend, den 30. Oktober, abends 6 Uhr, bei Langwitz, Reichenbach: Monatsversammlung.

**Reichenbach.** Der Briefkasten des "Neumärkter Anzeigers". Auf unserem in Nr. 246 vom 16. Oktober gebrachten Bericht über absonderliches Gebrächen des Verlegers des "Neumärkter Anzeigers" gegen einen früher bei ihm in Beschäftigung gestandenen Gehilfen (zurzeit noch in seinem Hause wohnend), nahmen wir an, daß Herr Endrich, wie sonst gewohnt, eine "individuelle" Entgegnung bringen würde. Nichts von dem, sondern mit ganzen "heben" Zeilen wird die Angelegenheit im Briefkasten als erledigt betrachtet. Nun, was mag das für einen Herrn B. aus seinem Leben sein? Vielleicht aus Bruch? Komisch, daß kein Neumärkter, wo doch die "Volkswoche" zahlreich gelesen wird, Herrn Endrich auf den Bericht hinweist, sondern vielleicht erst aus einem kleinen Dorfe des Kreises Jüterbog erfuhr. Wir verstehen es ja auch vollkommen, daß Herr Endrich eine Schonung seiner "Gehilfen" Handlungswille schwerlich aufzuhalten kann, da doch ein großer Teil seiner Miete und leidet auch Arbeit. Und wenn aber der Herr B. in B. ganz und gar mit Herrn Endrich vereinigt ist, so ist es bei beiden der Auslegungsbegriff von Recht oder Unrecht überhaupt nicht bestehen. Die öffentliche Meinung Neumärkts denkt über solche Handlungswelle gewiß anders.

**Wertheim.** Wertheim! Zur Verbreitung der Flugblätter muß sich am Sonnabend jedes nur abhängige Parteimitglied zu Verfügung stellen. Abholung des Materials beim Vorstand. Wertheim hat viele Mitglieder und "Vorwärts" steht



**Verband d. Fabrikarbeiter Deutschlands.**  
Am 20. Oktober verstarb nach langem, schwerem  
Leid ein Kollege.  
**Karl Biewald**  
Im Alter von 42 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren.  
**Die Mitglieder der Zahnstelle Breslau.**  
Die Beerdigung findet am Montag, den 25. Oktober,  
nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Salvator-  
Friedhofes statt.  
2992

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Am 20. Oktober verstarb unser Freund und Verbands-  
kollege, der **Häcker**.  
**Karl Wagner**  
im Alter von 28 Jahren  
2994  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.**  
Beerdigung: Sonnabend, den 23. Oktober, vorm.  
8½ Uhr, in Herrnprotsch.

**Bund religiöser Sozialisten**  
Montag, 25. Oktober, abends 8 Uhr  
in der **Wratislavia**, Mauritiusplatz:  
**Offizieller Vortrag**  
**Pfarrer Francke**, Berlin  
**Christentum u. Sozialdemokratie.**  
Freie Aussprache. Eintritt 30 Pf.  
Mitglieder der S.P.D. gegen Vorzeigung  
des Mitgliedsbuches 20 Pf. 2999

## Max Schönfelder

Kaffee-Rösterei  
Tei-Import, Waren-Großhandlung und  
Wein-Großhandlung  
**Breslau I., Albrechtstr. 56**

empfiehlt aus der Fülle der stets bereit-  
gehaltenen und anerkannt

**In Feinstoff - Lebensmittel**  
trotz der enorm steigenden Tendenz für  
prima prima Molkerei-Butter  
überzeugte Konsument, das Pfd. Mt. 1.70  
II. Qualität, aber auch gute Molkerei-  
butterm. . . per Pfd. Mt. 1.60  
Margarine, fabrikfrische Ware,  
in 1/4 Pfd. Würfeln,  
per Pfd. Mt. 0.60, 0.68, 0.75 bis 1.00  
Meine Spezialität  
"Die goldene Belle", per Pfd. Mt. 0.68  
Hindertal, ganz frisch, p. Pfd. Mt. 0.65  
Kolossal, in 500 Gramm-Tafeln,  
per Pfd. Mt. 0.67  
Palmin . . . . per Pfd. Mt. 0.35

### Holsteiner Dauerwurst

in prima prima Qualität, v. Pfd. Mt. 2.00  
unter Einzunahme des vom Magistrat  
so warm empfohlenen argentinischen  
Geflügelteiches.

Schweizer Käse, 1a, großgelaucht,  
mild und zart, per Pfd. Mt. 1.40

Echten Emmenhalter Schweizer-Käse  
der bisher in den einschlägigen Geschäften  
mit Mt. 2.40 abgegeben wurde, bringe ich  
heute mit Mt. 1.80 per Pfund zum Verkauf.

Sehr willkommen dürfte nachstehende  
Oferre sein: 14035

### La Brück - Schokolade

1/4 Pfd. Mt. 0.40, 1/2 Pfd. Mt. 0.78,  
1 Pfd. Mt. 1.50.

Diese Schokolade übertrifft an Qua-  
lität und Preiswürdigkeit fast alles, auch  
zu weit höheren Preisen. Es ist ein  
Genuss, eine Tasse Schokolade, aus dieser  
Qualität bereitet, zu trinken.

**Marmeladen**  
in den beliebtesten goldgelben 2 Pfd.-Gläsern,  
ganz frisch aus der Fabrik herangefommen,  
Blättertee-Tiegel . per 2 Pfd.-Gläser 1.00  
Stachelbeer-Tiegel per 2 Pfd.-Gläser 1.10  
Erdbeer-Tiegel . per 2 Pfd.-Gläser 1.25  
Himbeer-Tiegel . per 2 Pfd.-Gläser 1.25

**Gemüse- u. Früchte-Konserven**  
sind von Ernte 1926  
eingetroffen. Die Preise sind bei mir  
bekannt billig, die Packung stramm und  
die Qualitäten über alles Erwartungen gut.  
u. a. m.

Berlin 1. Berlin eine Albrecht. 56  
Postkonto-Breslau 9530.  
Zeitungen Sie meine neuen Preise!

Bei Vergabe von  
**Druckfächern**  
bedruckte Industrie und Handel,  
Kommunale Betriebe, Vereine, Großfirma, Krankenfonds,  
Arbeiter-Sport- und Vergnügungsvereine, die Bedruckerei der  
**Volkswacht**  
Breslau 2. Flurstraße Nr. 4-6

# M. Berger Nachfolger

Damen-Mantel-Fabrik Ohlauer Straße 80

Eigenfabrikation im großen Umfang

Im großen Ausstellungsfenster

**Der neue Blusenmantel „Lotte“ 35<sup>00</sup>**

Kragen u. Seitenteil mit breiter, schattierter Pelzimitation

**Neuhelten in Plüschi- und Ottomanemänteln**

300 zurückgesetzte, schöne, lange  
**mollige Wintermäntel**  
15.— 20.— 25.—  
Kindermäntel 10.— 12.— 15.—

Die reizende  
**Strickjacke 19<sup>75</sup>**  
mit Wollplüschbesatz

# Falsche Scham

Der große Aufklärungs-  
film über die Geschlechtskrankheiten  
der zur Zeit im Gewerkschaftshause läuft, ist auch  
erschienen und kostet 5.00 Mk.  
(auch 10×50 Pf. auf Buchkarte).

### als Buch

100 Photographien in Kunstdruck ergänzen und vertiefen das  
Verständnis des Lesers.

Für jeden Gesunden! / Für jeden Kranken!

Für die Jugend! / Für Eltern und Erzieher!

### Volkswachtbuchhandlung Breslau

Neue Graupenstraße 5. \* Neue Taschenstraße 11.

### Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Breslau.

Sonntag, den 24. Oktober, vorm. 9½ Uhr  
im Gewerkschaftshause, Zimmer 7/8:

### Generalveranstaltung.

**Lageordnung:**  
1. Vortrag über Genossenschaftswesen.  
2. Geschäftsbericht a) des Vorsitzenden,  
b) des Kassierers.  
3. Anträge und Beschlüsse.  
Die Versammlung beginnt pünktlich um 9½ Uhr.  
Mitgliedsbücher oder -karten sind mitzubringen.  
Ohne Mitgliedschaftsausweis kein Zutritt.  
2991

Die Ortsverwaltung.

Leihweise elegante  
13995  
**Stoff** u. Röd.  
Herm. Mohaupt  
Karlsruhe 1.1. Tel. H. 1301  
in der Albrechtstraße.

**Buchhandlung**  
**Volkswacht**  
Moderne Antiquariat  
Breslau 3. N. Grauenstraße

# Es wird kälter!

Sie müssen daher Ihre Kleidung der Jahreszeit entsprechend anpassen,  
darum benutzen Sie zum Einkauf von Herrenkleidung jeder Art unsere

### 10 Sonder-Tage

woselbst wir besonders billige Angebote herausbringen.

Davon einige Beispiele:

<b>Schweden-Mäntel</b> , gute Qualitäten schwarz u. farbig 48.00, 38.00, 29.50	<b>24<sup>50</sup></b>
<b>Paletots</b> , mit Samtkragen, schwarz und marengo, Eskimo oder Melton 55.00, 45.00, 36.00	<b>29<sup>50</sup></b>
<b>Rock-Paletots</b> , schwarz u. marengo 58.00, 48.00, 39.50	<b>35<sup>00</sup></b>
<b>Juppen</b> , mit warmem Futter 19.75, 16.50	<b>13<sup>50</sup></b>
<b>Knaben-Mäntel</b> , blau Kiel Größe 0 mit warmem Futter . . . . 9.75, 7.50	<b>5<sup>75</sup></b>

**Besichtigung ohne Kaufzwang**  
jederzeit gern erwünscht

# Friedländer & Co.

Spezialhaus für Herren- und Knaben-Kleidung

**Schmiedebrücke 58**

Ecke Hadlergasse

# Hallenbad

### Schwimmunterricht

an Erwachsenen und Kinder

das ganze Jahr hindurch, ohne Rücksicht auf Wind und Wetter

Außer Sonntags täglich von 7-8 Uhr 4572

<b>Billiger Fleisch - Verkauf</b>	
Schweinefleisch . . . . .	Pfd. 1.00 - 1.20
Kindfleisch ohne Knochen . . . . .	1.10 - 1.30
Kalbfleisch ohne Knochen . . . . .	1.30 - 1.50
Frischer Speck . . . . .	1.00
Frisches Gebäcktes . . . . .	0.20
Gulaschfleisch . . . . .	0.80
Pökelfleisch . . . . .	1.10 - 1.20
Räucherfleisch . . . . .	1.30 - 1.40
Räucherbraten . . . . .	1.30
Reines deutsches Schweinefett . . . . .	1.10
Leber- und Freßwurst . . . . .	0.20
Pfeffer-, Mortadella und Mettwurst . . . . .	0.30
Knoblauchwurst . . . . .	0.70
sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt und versendet	0.60

**Adolf Weiß**  
Moltkestraße 13. 14033

### Sehr billiges Angebot!

#### Teppiche Läuferstoffe

ca. 120 x 200 165 x 235 200 x 200

rote . . . 8.70 12.90 18.75 jute . . . 0.90

Woll-Tapestry 21.50 28.75 38.50 Boucle . 2.90

Plüsch 26.00 36.50 45.00 Woll-Tapestry 3.95

Brücken, 90/180, 6.75, Woll-Tapestry 14.75

Plüsch 21.50. Vorleger 0.75, 1.95, 2.75

Woll-Tapestry 3.10, Plüsch 4.90

Fries, 130 cm breit, Meter 3.25

Kissenplatten, Gobelin 1.45, 0.95

Spanier's Teppich-Haus

Nur Reuschestraße 58  
und Schmiedebrücke 56

Ecke Kupferschmiedestraße.

**Bieterate** erzielen in unserer Zeitung  
den größten Erfolg!



**Jehanna** - frei nach Schiller.  
Lebt wohl, Ihr Hornblatt und Ihr Hühnerauge,  
Ihr Schrecken meiner Füße, lebet wohl.  
Jehanna braucht nicht mehr mit euch zu wandeln,  
Jehanna gab euch endlich „Lebewohl“!

\* Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aestheten  
empfohlene Hühnerauge-Lebewohl mit druckmilderndem  
Ring für die Zehen und Lebewohl-Ballenscheiben für die  
Fußsohle. Die Schachtel (8 Flaschen) 75 Pt. Lebewohl-Fußbad  
gegen empfindliche Füße und Fußschwäche. Scheide (2 Bänder)  
50 Pt. erziellich in Apotheken und Drogerien.

# Marke GEG

Die Eintrittsbedingungen sind so gestellt, daß jeder Mitglied  
werden kann. Der Geschäftsanteil kann nach und nach  
eingezahlt, oder von der Rückvergütung aufgefüllt werden.

# Konsumverein, Vorwärts

Bei Vergabe von  
Druckfächern

bedruckte Industrie und Handel,  
Kommunale Betriebe, Vereine, Großfirma, Krankenfonds,  
Arbeiter-Sport- und Vergnügungsvereine, die Bedruckerei der

Volkswacht

Breslau 2. Flurstraße Nr. 4-6

Bei Vergabe von Druckfächern

bedruckte Industrie und Handel,  
Kommunale Betriebe, Vereine, Großfirma, Krankenfonds,  
Arbeiter-Sport- und Vergnügungsvereine, die Bedruckerei der

Volkswacht

Breslau 2. Flurstraße Nr. 4-6

Bei Vergabe von Druckfächern

bedruckte Industrie und Handel,  
Kommunale Betriebe, Vereine, Großfirma, Krankenfonds,  
Arbeiter-Sport- und Vergnügungsvereine, die Bedruckerei der

Volkswacht

Breslau 2. Flurstraße Nr. 4-6

Bei Vergabe von Druckfächern

bedruckte Industrie und Handel,  
Kommunale Betriebe, Vereine, Großfirma, Krankenfonds,  
Arbeiter-Sport- und Vergnügungsvereine, die Bedruckerei der

Volkswacht

Breslau 2. Flurstraße Nr.